:antifaschistische nachrichten

Nr. 12

g 3336 14.6.2007 23. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

www.arbeiterfotografie.com

Proteste gegen den G8-Gipfel – trotz Abschottung und Repressionen schon im Vorfeld fanden viele phantasievolle Aktionen statt.

Eindrücke, Kommentare zum Gipfel Seite 6 - 8

Niederlage der Moscheegegner bei der Bürgeranhörung – „pro Köln“plant Demo

Köln. So hatten sie sich die Sache mit Sicherheit nicht gedacht: Die Bürgeranhörung, die am 29. Mai in der mehr als 700 Menschen fassenden und bis auf den letzten Platz gefüllten Aula des Gymnasiums Kreuzgasse stattfand, wurde zu einer Niederlage für die extrem rechte „Bürgerbewegung“ pro Köln, die Manfred Rouhs und Konsorten lange nicht vergessen werden. Und dabei schien vieles für einen Triumph der Rechten an diesem Abend zu sprechen...

Nachdem mit Ausnahme der Ehrenfelder CDU alle bürgerlichen und linken Parteien, die Stadtspitze, beide großen Kirchen, die Gewerkschaften und neben vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen auch die Kölner Presse sich lange Zeit einig darüber waren, den Bau der Ehrenfelder Moschee durch DITIB zu unterstützen, scherte die „vierte Gewalt“ aus dem Hause M. DuMont Schauberg kurz vor der Bürgeranhörung auf einmal aus. Mit dem 84-jährigen Publizisten Ralph Giordano, der aus rassistischen Gründen von den Nazis verfolgt wurde und wegen seiner Kritik an der nicht erfolgten Aufarbeitung des Faschismus in der Bundesrepublik und den zunehmenden Rechtstendenzen vielen Menschen als Linker galt, schienen sie einen Kronzeugen gegen angebliche Islamisierungstendenzen der deutschen Gesellschaft gefunden zu haben.

Zwar distanzierte Giordano sich von den Rechten mit starken Worten (die er dann aus juristischen Gründen nicht wiederholen, aber auch nicht zurücknehmen wollte), aber seine Islamphobien waren nun einmal in der Welt und wurden entsprechend benutzt. Wundern sollte Giordano diese Tatsache nicht, denn, wie der Volksmund weiß, bekommt, wer gegen den Wind pinkelt, nasse Hosen.

Nach Giordanos Ausfällen durfte von guten Bürgern, die sich vehement dagegen verwahren würden, Rechte zu sein, endlich einmal all das gesagt bzw. als Leserbrief geschrieben und veröffentlicht werden, was bisher als Originalton pro Köln gegolten hatte. Beste Voraussetzungen also für die offenen Rassisten, am 29. Mai in Ehrenfeld zu punkten.

Und so waren denn auch viele von denen, die bei pro Köln und der „Anwohnerinitiative“ gegen den geplanten Neubau der Moschee (deren Sprecherin Vorstandsmitglied des vom Verfassungsschutz beobachteten Rouhs-Vereins ist) Rang und Namen haben, schon lange vor dem Einlass um 19.00 Uhr, zu sehen und gaben der stark vertretenen Presse im Vorgefühl ihres Triumphes Interviews. Manfred Rouhs, Markus Beisicht, Judith Wolter, Regina Wilden – der größte Teil ihrer Ratsfraktion war vertreten und in hohem Maße aggressiv.

Diese, vor Beginn der Veranstaltung offenbar nur mühsam unterdrückte Aggressivität, brach sich fast unaufhaltsam Bahn, nachdem der Ehrenfelder Bezirksbürgermeister Josef Wirges die gesetzlich vorgeschriebene und rechtlich peinlich genau geregelte Bürgeranhörung, eröffnet hatte. Schon bei den einführenden Worten der Kölner Dezernentin Marlies Bredehorst, die u.a. für Fragen der Integration von Migrant(inn)en zuständig ist, sprach blanker rassistischer Hass aus ihren wütenden Zwischenrufen. Wirges Ermahnungen schienen die Rechten in keiner Weise zu interessieren – sie wollten die Anhörung umfunktionieren oder sprengen – auch gegen den Protest der übergroßen Mehrheit der Anwesenden. Ratsfrau Regina Wilden, deren Exzentrizität allgemein bekannt ist, brachte dann das Fass zum Überlaufen: Voller Wut darüber, dass sie als Mitglied des Rates kein Rederecht hatte, schrie sie so lange vor dem Podium herum, bis der Versammlungsleiter sie des Saales verwies.

weiter Seite 3

Inhalt:

Kriegsverbrecher endlich ihrer Strafe zuführen 5

Frankreich vor den Parlamentswahlen 9

„Kriegserklärung an den Westen"

SCHWEIZ. „Die Muslimfeindschaft ist im vergangenen Jahr zum zentralen und politisch erfolgreich bewirtschafteten Thema der Diskriminierungswilligen in der Schweiz geworden", schrieben unlängst die „Gesellschaft Minderheiten in der Schweiz" und die „Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus" in der Ausgabe 2006 ihres alljährlich erscheinenden Berichts über „Rassismus in der Schweiz". Tatsächlich hat die rechte Hatz gegen Muslime in der Schweiz eine neue Stufe erreicht. Dort hat sich kürzlich eine landesweite Initiative „Gegen den Bau von Minaretten" konstituiert, die mittels einer Volksabstimmung den „politisch-religiösen Anspruch des Islam" zurückweisen will. Anders als in Deutschland, wo rassistisch motivierte „Anwohner-" oder „Bürgerinitiativen" gleich den ganzen Moscheebau oder – Neubau ablehnen, hat man sich in der Schweiz überwiegend auf ein – nicht unwesentliches – Bauteil von Moscheen konzentriert, auch wenn man das gleiche damit beabsichtigt. Unterstützt wird das rechte Begehren von einer Mehrzahl der Nationalratsabgeordneten der rechtskonservativen Regierungspartei „SVP" und von der „Eidgenössischen Demokratischen Union" (EDU). Befürworter der Kampagne ist auch Justizminister Blocher von der SVP. Als einer der Sprecher der Kampagne fungiert der Züricher SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer, dessen Zeitung „Schweizerzeit" die Grundlagen für diese Kampagne lieferte. Nach der Verschärfung des Asylrechts im vergangenen Jahr soll nun mit einer Volksabstimmung erreicht werden, das künftig in der Bundesverfassung steht: „Der Bau von Minaretten ist verboten". Allerdings muss die Initiative bis zum 1.November 2008 erst einmal 100 000 Unterschriften dafür sammeln. *hma* ■

„Burgkunstadt blieb standhaft"

BURGKUNSTADT. „Burgkunstadt blieb standhaft", jubelt die von Alt-Nazis gegründete Zeitschrift „Nation und Europa". Trotz kritischer Stimmen führten Kommunalpolitiker der Stadt Burgkunstadt kürzlich eine Gedenkfeier für die vor 50 Jahren verstorbene Publizistin Kuni Tremel-Eggert durch. Die Roman-Schreiberin war schon während der Weimarer Republik von Nazi-Kreisen gefördert worden. Als überzeugte Nationalsozialistin veröffentlichte sie 1934 den Roman „Barb. Der Roman einer deutschen Frau", der als wichtigster Frauenroman der Nazi-Zeit eingeschätzt wird und eine Auflage von mehreren Hunderttausenden erreichte. Finanziell abgesichert war Treml-Eggert als der Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf., die bis dahin von ihr erschienenen Bücher übernahm und neu auflegte. Für Bürgermeister Heinz Petterich von den „Freien Wählern" sind dies alles keine Gründe, die gegen eine Ehrung sprechen: „Wir stehen zu unserer Heimatdichterin".

hma ■

Prozess gegen Bärthel

Gera/Ronneburg. Voraussichtlich am 19. und 24.Juli muss sich Christian Bärthel aus Ronneburg vor der Staatsschutzkammer des Landgerichts Gera verantworten. Der „nationale Aktivist" muss sich wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung, Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole sowie Beleidigung verantworten. Bärthel steht u.a. im Verdacht, im November 2004 eine E-Mail an alle Abgeordneten des Bundestages verschickt zu haben, in der Juden beschimpft und verleumdet werden.

hma ■

Danube Jung in den Staatsdienst ?

MÜNCHEN. Mit einer Anzeige in der „Jungen Freiheit" für eine Unterschriftensammlung will eine „Initiative Akademische Freiheit" ein „Berufsverbot für Sascha Jung stoppen!". Dem Juristen, Mitglied der „Burschenschaft Danubia" in München und einst Kopf des „Hofgeismarer Kreises" in Leipzig, wurde nämlich kürzlich die Übernahme in den bayerischen Staatsdienst verweigert. In einem Appell an den bayerischen Innenminister Beckstein fordert die Initiative nun den „ungehinderten Zutritt" des Burschenschafters zum bayerischen Staatsdienst und die Streichung der „Burschenschaft Danubia" aus dem „Verfassungsschutzbericht". Initiator des Appells ist der ehemalige Ministerialdirigent Dr. Hans Merkel aus München. Der ist selbst Burschenschafter und CSU-Mitglied und stellte in einem Interview mit der „Jungen Freiheit" seine Initiative vor. Zu den Erstunterzeichnern des Appells gehören u.a. der Publizist Roland Baader, dessen Texte man u.a. in „Criticon", der „Jungen Freiheit", „eigentümlich frei" oder der „Schweizerzeit" nachlesen kann, der CDU-Rechtsaußen Heinrich Lummer von den „Die Deutschen Konservativen", Prof. Dr. Klaus Motschmann, Interviewpartner des „Der Republikaner", die langjährige FPÖ-Aktivistin Barbara Rosenkranz und der noch im letzten Jahr vom „Republikaner"-Blatt „Zeit für Protest" interviewte Josef Schüßlburner.

hma ■

„Rütli-Feier" abgesagt

SCHWEIZ/RÜTLI. Die Rütli-Kommission hat beschlossen, die für den 1. August geplante „Rütli-Feier" im Rahmen des Nationalfeiertages in diesem Jahr nicht durchzuführen. Die Kommission habe einen zu großen Aufwand befürchtet, um Neonazis von der Teilnahme an der Feier abzuhalten, nachdem der Bundesrat in Bern es abgelehnt hatte, sich an diesen Kosten zu beteiligen. Im vergangenen Jahr war es mit rigorosen Bedingungen – Zutritt nur mit Ticket und Ausweis – und einem riesigen Polizeiaufgebot gelungen, die Neonazis (bis auf wenige Ausnahmen) von der „Rütli-Feier" abzuhalten. Dafür versuchten 150 – 200 Neonazis die Rede eines SVP-Politikers auf Schloß Lenzburg zu stören und marschierten anschließend durch Uster.

hma ■

„GfP"-Jahreskongress in der Rhön

BAYERN/RHÖN. Unter dem Motto „Geschichte und Justiz im Würgegriff der Politik" fand unlängst der Jahreskongress der neofaschistischen „Gesellschaft für freie Publizistik" in der nordbayrischen Rhön statt. Angeblich „fast 400 Teilnehmer" hörten Referate u.a. der Rechts-Anwälte Ludwig Bock, Ingmar Knop und Björn Clemens. Letzterer war Bundesfunktionär der sog. „Republikaner" und bewegt sich nach seinem Parteiaustritt in den Kreisen von „Pro Köln" und „Pro NRW". Weitere Referenten waren der ehemalige „Junge Freiheit"-Redakteur Hans-Ulrich Kopp und Prof. Pierre Vial aus Frankreich, einst Mitgründer der neurechten „GRECE". Dem in Italien inhaftierten NS-Kriegsverbrecher Erich Priebke wurde – in Abwesenheit – die „Ulrich-Hutten-Medaille" des Jahres 2007 verliehen, weil dieser mit seiner Autobiographie „Vae victis!" einen wichtigen Beitrag zur „Zeitgeschichtsrevision" geleistet habe. Neu in den ansonsten fast unveränderten Vorstand der „GfP" wurde der Chefredakteur der in Österreich erscheinenden „Die Aula", Martin Pfeiffer, gewählt.

hma ■

Nazis stören Infoveranstaltung

ZELLA-MEHLIS. „... den Wald vor lauter Bäumen nicht?! Nazistrukturen abholzen, den rechten Konsens brechen", so lautet das Motto einer Südthüringen-weiten Kampagne gegen Nationalismus, Rassismus und Neonazismus. Eine der 12 Veranstaltungen fand am 1.6. im Zella-Mehliser Bürgerhaus statt.

Das Thema „lokale Nazistrukturen, rechte Codes und Symboliken" schien den Südthüringer Nazis gar nicht zu schmecken. So sammelten sich gegen

weiter auf Seite 4

Fortsetzung von Seite1

Die junge Frau, die von ihr attackiert wurde, stellte sich als Polizistin heraus und die schrille Regina landete recht unsanft vor der Tür. Ihren Fraktionsgeschäftsführer Wiener empörte das so sehr, das er sich dazu hinreißen ließ, Bezirksbürgermeister Wirges als Nazi zu bezeichnen, was ihm nicht nur ebenfalls einen Saalverweis einbrachte, sondern auch eine Strafanzeige nach sich zog. Markus Beisicht, von Beruf Rechtsanwalt, konnte nur verzweifelt dasitzen – um das schlimmste zu verhindern, war es zu spät.

Nachdem Wirges auf diese Weise bewiesen hatte, dass es keinen Sinn hat, die Rassisten zu ignorieren, sondern dass man sie bekämpfen muss, um Erfolg zu haben, blieben diese während der Anhörung verhältnismäßig zahm. Pogromstimmung unter ihnen kam nur noch selten auf, z.B. als eine junge Frau mit Kopftuch und deutschem Pass berichtete, sie sei Deutsche. „Niemals!“ tobte der verbliebene pro Köln-Rest. In diesem Moment konnte man fühlen, wie der Abend verlaufen wäre, wären die Rechten nicht schnellstens in die Schranken gewiesen worden. Die meisten der ungefähr 60 Bürger(innen), die sich zu Wort meldeten, machten sich Sorgen wegen des Verkehrs. Sie befürchten, der ohnehin starke Verkehr könne bei einer Vergrößerung der Moschee noch mehr zunehmen. Die Verwaltung, prominent vertreten durch Baudezernent Streitberger, musste einräumen, für dieses Problem derzeit noch nach einer Lösung zu suchen. Überraschend viele Anwesende lobten den Entwurf des Architekten, der in der Tat ein architektonischer Glanzpunkt im baulich nicht allzu verwöhnten Ehrenfeld zu werden verspricht. Beeindruckend war ein Beitrag eines jungen Mannes, der, in Deutschland geboren und zeitweise in Istanbul aufgewachsen, darauf hinwies, endlich bekämen Muslime ein würdiges Gotteshaus und müssten nicht mehr in Hinterhöfen und alten Fabrikhallen beten. Dem Bauherrn DITIB empfahl er, die Moschee möglichst zu öffnen – Angst hätten die Menschen vor dem, was ihnen unbekannt sei. Die wenigen rassistischen Beiträge („unser Deutschland“, „die Türken überrollen uns“) riefen lediglich den Protest der Mehrheit der Anwesenden hervor und beleidigten die anwesenden Menschen aus der Türkei.

Für pro Köln war dieser Abend eine politische Katastrophe. Dass sie auf ihrer Internetseite später das Vorgehen der Saalordner mit dem Terror der SA vergleichen, half da auch nichts mehr – im Gegenteil. Wahrscheinlich bringt ihnen dieser Vergleich noch eine zusätzliche Strafanzeige ein.

Bereits im Vorfeld der Anhörung hatten die Rassisten für den 16. Juni einen Schweigemarsch durch Ehrenfeld angekündigt, der von der Moschee zum Bezirksrathaus führen sollte. Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, wird die Provokation weder am geplanten Ort beginnen noch enden. Allerdings wird die Sache dadurch nicht besser. Um gegen die geplante Provokation zu protestieren, findet am 16.6. ab 11.00 Uhr auf dem Neptunplatz eine antifaschistische Kundgebung statt, zu der ein breites Bündnis von Organisationen und Einzelpersonen aufruft. Mit dieser Veranstaltung, der sich eine Demonstration zum Mahnmal an der Bartholomäus-Schink-Straße anschließen wird, soll den Rechten gezeigt werden, dass sie mit ihrer rassistischen Hetze in Ehrenfeld unerwünscht sind. Ob eine solche Kundgebung ausreichen wird, ihnen das deutlich zu machen, darf allerdings bezweifelt werden. *tri* ■

Rote Karte gegen Rassismus

Kundgebung und Demonstration
Samstag, 16. Juni 2007,
ab 11 Uhr, Neptunplatz, Köln Ehrenfeld

Neben der Kundgebung eines breiten Bündnisses unter Federführung des DGB um 11 Uhr auf dem Neptunplatz, beginnt bereits um 10 Uhr, ab Hans-Böcklerplatz eine antifaschistische Demonstration, zu der autnome AntifaschistInnen aufrufen. Die „Schüler gegen Rechts“ und der AStA der Uni Köln führen eine Kundgebung an der Franz-Geuer-Straße in Ehrenfeld durch, zeitgleich um 11 Uhr.

FPÖ-Chef Strache ebenfalls Redner bei Demonstration am 16. Juni

Für die am 16. Juni geplante Demonstration erwartet „Pro Köln“ nicht nur Anhänger des Vlaams Belang aus dem benachbarten Belgien (siehe AN 11-07), jetzt hat auch der Vorsitzende der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), Strache, laut Ankündigung der Veranstalter als Gastredner für die Abschlusskundgebung zugesagt!

Die Wiener Parteigremien der FPÖ, die mit 20 Abgeordneten im österreichischen Parlament vertreten ist, hätten in den letzten Tagen intensiv über Möglichkeiten zur Unterstützung des Kölner Protestes gegen die Großmoschee beratschlagt, heißt es auf der Website. Dabei sei man zum Ergebnis gekommen, „daß dieser politische Kampf stellvertretend für die Islamisierungsproblematik in ganz Westeuropa steht“, wird der Wiener FPÖ-Landesgeschäftsführer Hans-Jörg Jenewein zitiert. Deswegen hätte FPÖ-Chef Strache, der zugleich Fraktionsvorsitzender der Freiheitlichen im österreichischen Nationalrat ist, spontan seine Teilnahme zugesagt. HC Strache werde dabei auch als Gastredner fungieren. ■

CDU macht reaktionäre Wende

Die Kölner CDU will nach neuster Presseberichterstattung den Bau des Gemeinde- und Kulturzentrums von Ditib an der Venloer Straße wegen der „orientalischen Anmutung und der geplanten Minaretthöhe nun doch ablehnen.

„Dabei sind die geplanten Minarette gerade mal ein Drittel so hoch wie der Kölner Dom. Das Grundrecht auf Religionsfreiheit sollte die C-Partei lieber nicht antasten und Architekten aus dem christlichen Abendland nicht vorschreiben, wie ein islamisches Kulturzentrum mit Moschee auszusehen hat. Der CDU-Demagoge Uckermann hat sein Ziel erreicht und pro Köln wird nach der Niederlage mit dem Bürgerbegehren wieder Aufwind bekommen.“ schreibt der Fraktionsvorsitzende von die Linke.Köln, Jörg Detjen.

Die Bürgereinwände sollten jetzt zügig zusammengefasst werden und die Verkehrsplanung aktualisiert werden. Die CDU mache einen kapitalen Fehler, den die Wähler nicht honorieren würden, sondern bestärkt „das Original miefiger, kleingeistiger und nationalistischer Intoleranz wählen.“

PM Fraktion Die Linke.Köln, 5.6.2007 ■

18.30 Uhr etwa 20-25 von ihnen auf dem Parkplatz vorm Schwimmbad und machten sich auf den Weg zur antifaschistischen Veranstaltung. Gegen 19 Uhr drangen die Neonazis auf den Innenhof des Bürgerhauses, beschimpften die Anwesenden und fotografierten die TeilnehmerInnen. AntifaschistInnen drängten die Neonazis aus dem Innenhof bis vors Bürgerhaus. Nach einiger Zeit trafen auch die Polizei ein. Diese stellte die Personalien der StörerInnen fest und gestattete den Rechten eine Kundgebung vorm Bürgerhaus. Mit zwei Transparenten und zwei Fahnen verweilten sie noch bis etwa 20 Uhr vorm Bürgerhaus und verschwanden dann.

Die Veranstaltung der Kampagne verlief ohne weitere Störungen mit 50-60 Teilnehmern. Die hohe Teilnehmerzahl zeigt, dass sich in Zella-Mehlis durchaus Menschen mit dem Problem beschäftigen wollen. Nichtsdestotrotz bleibt Zella-Mehlis einer der vielen Südthüringer Orte, an denen Neonazis immer offensiver und selbstbewusster auftreten, ein Ort an dem Neonazis sich längst ins Stadtbild integriert haben und auf städtischen Festen und öffentlichen Feierlichkeiten eine feste Größe sind.

Weitere Infos zur Kampagne auf http://www.agst.antifa.net ■

Jürgen Peters (IG Metall) zum NPD-Verbot

BERLIN. Der Vorsitzende der IG Metall, Jürgen Peters, fordert das Verbot und die konsequente Auflösung der NPD mitsamt ihren Gliederungen, Neben- und Nachfolgeorganisationen. Die NPD wolle die demokratische Staatsform der Bundesrepublik Deutschland beseitigen und eine Diktatur errichten. Am 31.5.2007 schrieb er der VVN-BdA:

„Bereits im ersten Verbotsverfahren gegen die NPD wurde belegt, dass die NPD die demokratische Staatsform der Bundesrepublik Deutschland beseitigen und eine Diktatur errichten will. Unverhohlen führt sie die Traditionslinie des Nationalsozialismus fort.

Menschenverachtend tritt sie als rassistische, antisemitische und fremdenfeindliche Partei auf, dabei arbeitet sie systematisch mit gewaltbereiten Neonazis zusammen.

Es kann nicht hingenommen werden, dass die NPD öffentliche Gelder aus der Wahlkampfkostenerstattung erhält und den grundgesetzlichen Schutz einer politischen Partei genießt.

Fakt ist, ein neues Verbotsverfahren ist juristisch möglich und nötig!

Das Verbot und die konsequente Auflösung der NPD mitsamt ihren Gliederungen, Neben- und Nachfolgeorganisationen ist ein wesentlicher Schritt im Kampf gegen Rechtsextremismus und zur Festigung der Demokratie." ■

Auf dem Markt der Möglichkeiten während des Evangelischen Kirchentages vom 6. - 9. Juni in Köln war die VVN-BdA mit einem Infostand zur Kampagne für ein NPD-Verbot vertreten. Ca. 2500 Menschen, darunter viele Jugendliche, unterschrieben den Aufruf „NPD-Verbot jetzt!"

DGB fordert Verbot der HDJ

NIEDERSACHSEN. Anlässlich eines Zeltlagers der Heimattreuen Deutschen Jugend (HDJ) im niedersächsischen Eschede am Pfingstwochenende fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Innenminister Uwe Schünemann auf, sich für das Verbot der bundesweiten neonazistischen Jugendorganisation einzusetzen. DGB-Landesvorsitzender Hartmut Tölle sagte: „Es ist alarmierend, dass Neonazis unbehelligt ihr braunes Gedankengut an Jugendliche weitergeben können. Zwischen der HDJ und der 1994 verbotenen Wiking-Jugend bestehen deutliche personelle Kontinuitäten. Die Innenminister sollten daher ein Verbot der Organisation anstreben."

Ein Treffen der HDJ in Hessen war durch frühzeitiges Einschreiten der Polizei verhindert worden, die Vereinigung wich deshalb mit ihren 200 Teilnehmern nach Niedersachsen aus. In Eschede wurden die Teilnehmer zwar von der Polizei kontrolliert, konnten aber ungehindert tagen. Hartmut Tölle forderte den Innenminister deshalb auf, die Genehmigungsbehörden vor Ort durch Schulungen und Aufklärung besser auf das Auftreten der Neonazis vorzubereiten: „Vorfälle wie das Zeltlager in Eschede oder beim Landesparteitag der NPD in Herzberg zeigen, dass vor Ort in den Kommunen oft das nötige Wissen oder die erforderliche Sensibilität fehlt. Versammlungen von Neonazis könnten durch die örtlichen Genehmigungsbehörden oft frühzeitig verhindert werden." *Quelle: www.niedersachsen.dgb.de/presse/* ■

Innenminister wollen rechte Finanzquellen austrocknen

BERLIN. Rechtsextremistische Parteien und Organisationen sollen es künftig schwerer haben, ihre Geldquellen zu verschleiern. Auch die staatliche Parteienfinanzierung soll auf den Prüfstand gestellt werden – der NPD bringt sie Millionen ein.

Wie die Financial Times berichtet, beschloss die Innenministerkonferenz einen Strategie-Katalog zu entwickeln. Mögliche Maßnahmen sollen bis zur nächsten Innenministerkonferenz im Dezember vorliegen. Zuvor hatte eine Arbeitsgruppe Erkenntnisse über die Finanzquellen rechtsextremistischer Kreise zusammentragen.

Die NPD verzeichne durch ihre Wahlerfolge in den vergangenen Jahren einen deutlichen Anstieg der Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung, hieß es in einem im Mai veröffentlichten Bericht der Arbeitsgruppe. Demzufolge erhielt die Partei für 2006 insgesamt mehr als 1,3 Mio. Euro, 2004 war es mit 666.000 Euro noch deutlich weniger.

Ebenso hätten sich ihre Einnahmen durch steigende Mitgliederzahlen erhöht, stellte die Arbeitsgruppe fest. Insgesamt habe die Partei 2005 mehr als 1,5 Mio. Euro Spendengelder eingeworben. Allerdings seien die NPD sowie andere rechtsextreme Parteien wie die Republikaner in einer schwierigen finanziellen Lage, denn Schulden und Abgaben machten ihnen zu schaffen.

Eine Forderung der Gruppe war, die Geldgeber der NPD öffentlich zu brandmarken. Ziel müsse sein, zu einem gemeinsamen staatlichen Handeln zu kommen, das zu einer „weit gehenden Trockenlegung der Finanzquellen" führe, sagte der Berliner Innenminister Körting (SPD). Der schleswig-holsteinische Innenminister Ralf Stegner (SPD) sagte, es gehe darum, den Rechtsextremisten das Wasser abzugraben. Diejenigen, die ihnen Geld verschafften, sollten dies in Zukunft nicht mehr unerkannt tun können.

Quelle: Financial Times 1.6.07 ■

VVN-BdA bei Protesten gegen Kriegsverbrecher in Bayern dabei:

Die in Italien verurteilten Kriegsverbrecher sollen endlich ihrer Strafe zugeführt werden

Eine große Gruppe von VVN-BdA-Mitgliedern aus Nordrhein-Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg ist zu Pfingsten nach Bayern gereist, um an den Gedenkveranstaltungen für die Opfer der Wehrmachtsgebirgstruppe in Mittenwald und an den Aktionen für die Bestrafung der Täter und die Entschädigung der Opfer sowie gegen die aktuellen Kriegseinsätze der Gebirgstruppe teilzunehmen. Während die Staatsanwaltschaft Dortmund durch den Leiter der Zentralstelle für die Bearbeitung von NS-Massenverbrechen, Herrn Ulrich Maaß, bestätigte, dass die inzwischen in Italien verurteilten Kriegsverbrecher in Deutschland ihre Strafe absitzen könnten, verbot die bayerische Justiz und Polizei den Demonstranten, sogar die Namen der Täter zu nennen, vor deren Häusern in Dillingen und Ottobrunn sie aufgezogen waren.

Bei den anschließenden Veranstaltungen in Mittenwald ging es dieses Jahr um den Protest gegen den 50. Jahrestag der Kriegsverbrecherehrung am nahen Berg Hohen Brendten und auch um ein Klageerzwingungsverfahren wegen des Wehrmachtsmassakers im September 1943 auf der griechischen Insel Kephallonia. Die Massenexekution durch Mitglieder des Gebirgsjägerregiments 98 der 1. Gebirgsdivision gilt als eines der schwersten Kriegsverbrechen der Hitler-Truppen. Über 4.000 unbewaffnete italienische Kriegsgefangene waren damals ermordet worden. Ihre Namen wurden in einer Gedenkveranstaltung auf einem Platz in Mittenwald verlesen. Auch die Namen der Opfer aus anderen Opfergemeinden in Griechenland und Italien wurden verlesen. Ihre Mörder blieben in Deutschland unbehelligt.

Nachdem inzwischen mehrere Kriegsverbrecher aus der NS-Gebirgstruppe in Italien zu lebenslänglichen Zuchthausstrafen verurteilt wurden (Liste siehe unten), setzen sich die Gruppe „Angreifbare Traditionspflege“ und die VVN-BdA verstärkt dafür ein, dass diese Personen, die in Deutschland Straffreiheit genossen, entweder nach Italien ausgeliefert werden oder in Deutschland verhaftet und ihrer Strafe zugeführt, bzw. vor Gericht gestellt werden. Wie die zuständige Zentralstelle für die Bearbeitung von NS-Massenverbrechen in Dortmund der VVN-BdA durch Oberstaatsanwalt Ulrich Maaß mitteilte, ist es möglich, in Deutschland die Strafen zu verbüßen, die in Italien verhängt wurden. Besonders geht es um die Fälle Othmar Mühlhauser aus Dillingen an der Donau und Josef Scheungraber in Ottobrunn bei München. Der ehemalige Kompanieführer im Gebirgspionierbataillon 818 Scheungraber ist für die grausame Ermordung von mindestens 13 Menschen im Juni 1944 in dem toskanischen Dorf Falzano bei Arezzo verantwortlich. Mühlhauser hatte am 24. September 1943 auf Kephallonia das Kommando gegeben, den italienischen General Antonio Gandin und mindestens zwölf seiner Offiziere zu erschießen, darunter auch de Negri. Scheungraben wurde in Italien verurteilt, Mülhauser in München außer Verfolgung gesetzt, nachdem in Dortmund gegen ihn die Beweise zusammengetragen worden waren.

Die Protestaktionen und Gedenkveranstaltungen zu Pfingsten in Mittenwald, sind von den Behörden wieder stark behindert worden. Nur sehr weit entfernt vom Hohen Brendten konnten die Antifaschistinnen und Antifaschisten agieren. Ihr Demonstrationszug wurde von Hunderten Polizisten (die Ortspresse schrieb später: Auf jeden Demonstranten kam ein Polizist) in einen wandelnden Kessel verwandelt. In einem Zelt am Bahnhof konnten die Teilnehmer des Protestes jedoch weitgehend ungestört ein Zeitzeugengespräch erleben. Dabei sprachen Marcella di Negri, Tochter des von Otmar Mühlhauser ermordeten Hauptmanns Cap. Francesco De Negri sowie ihr Bruder und ein österreichisch-tschechischer Ex-Partisan. Frau De Negri berichtete: Die Einstellung des Verfahrens gegen den Gebirgsjäger Otmar Mühlhauser wegen seiner Beteiligung an den Massakern an 4000 entwaffneten kriegsgefangenen italienischen Soldaten auf Kephallonia ist in der italienischen Öffentlichkeit mit großer Empörung aufgenommen worden. Bis heute warten die Angehörigen der Ermordeten der Divisione Acqui auf die Verurteilung der Mörder in Deutschland. Obwohl die Mörder aus den Gebirgsjägereinheiten namentlich bekannt sind (rund 200 mutmaßliche Täter haben VVN-BdA und Angreifbare Traditionspflege bei der Justiz angezeigt) und sie sich jedes Jahr zu Pfingsten im bayerischen Mittenwald unter dem Schutz von Bundeswehr und Polizei treffen, hat die deutsche Justiz ein weiteres Kapitel der Straflosigkeit für NS-Mörder geschrieben.

Transparent mit den Namen der Ermordeten von Kephallonia

Während des militaristischen, die Wehrmacht und den „Krieg am Hindukusch“ verherrlichenden Gottesdienstes auf dem Hohen Brendten – auf dem Vertreter der Bundes- und Landesregierung sprachen – kam es zu einer weiteren überraschenden verwandtschaftlichen Begebenheit: Ein Neffe des Josef Scheungraber trug ein Schild mit folgender Aufschrift:

„Mein Onkel Sepp

Josef S. aus Ottobrunn ist wegen eines Massakers von Falzano (Tötung von 13 Zivilisten) zu lebenslänglicher Haft in Italien seit September 2006 verurteilt. (SZ vom 30.9.06).

Die deutsche Justiz hat diesen Mord an Zivilisten nie bearbeitet. Es gab keine Verurteilung. Es gab keine Verhandlung. Er wurde weder verurteilt, noch freigesprochen. Folglich ist Onkel Sepp ein lebenslänglicher Freigänger.“

Heinrich Schwarzmayr, Dipl.Ing. aus Ottobrunn trug dieses Schild auf der Kundgebung und Demonstration gegen das Kriegsverbrechertreffen am Hohen Brendten zu Pfingsten 2007 in Mittenwald trug.) Anschließend nahm er in Mittenwald an der Demonstration dafür teil, dass Leute wie Josef Scheungraber und Otmar Mühlhauser ihre Strafe absitzen und dass die Täter bestraft und die Opfer entschädigt werden.

Scheungraber hat übrigens auf dem Hohen Brendten an dem sogenannten Gottesdienst der Militaristen teilgenommen, er lauschte den Reden u.a. von Staatssekretär Christian Schmidt (CSU) aus Berlin. Das Bild des verurteilten Kriegsverbrechers ist in einem Großfoto auf der Titelseite des „Garmisch Partenkirchner Tagblattes“ am Tag nach Pfingsten zu sehen. Trotz der Hinweise seines Neffen Heinrich Schwarzmayr und der VVN-BdA sowie Angreifbare Traditionspflege kam es nicht zur Festnahme des Täters; die anwesende Staatsanwältin hatte mit ihren Maßnahmen gegen Demonstranten zu tun, die auf dem Hohen Brendten ihre Schilder „Keine Verjährung für Mord“ und „Faschismus ist

→

keine Meinung, sondern ein Verbrechen“ den Teilnehmern des Kriegsverbrechertreffens entgegenhielten. Die acht Demonstranten wurden festgenommen, ihrer Schilder beraubt und stundenlang entwürdigend eingesperrt.

Die VVN-BdA hat nunmehr den Vorgang u.a. um den Mörder von Falzano und den Täter von Kephallonia dem zuständigen Oberstaatsanwalt Ulrich Maaß zur Kenntnis gebracht.

Zugleich wurde die zuständige Zentralstelle für die Bearbeitung von NS-Massenverbrechen in Dortmund an folgende Fälle erinnert, die in Italien zu Verurteilungen führten:

In La Spezia wurden 2006 wegen des Massakers in St. Anna di Stazzema zu lebenslanger Haft verurteilt:

- Werner Bruss, Unteroffizier, Jg. 1920 (Wohnort unklar, [gerüchteweise wohnhaft in oder bei Hamburg])
- Alfred Mathias Concina, (meist ohne ‚Mathias,), Unterscharführer, Jg. 1919, (wohnt laut ital. Presse in Rechenberg-Bienenmühle)
- Ludwig Göring, (teilweise als ‚Goring, benannt), SS-Rottenführer, Jg. 1923, wohnt in Baden-Württemberg, zwischen Pforzheim und Karlsruhe (dt. Presse)
- Karl Gropler, SS-Unterscharführer, Jg. 1923, Wollin/Brandenburg
- Georg Rauch, Unterleutnant, Jg. 1921, (Wohnort unklar)
- Horst Richter, Unterscharführer, Jg. 1921, Krefeld
- Heinrich Schendel, Unteroffizier, Jg. 1922, (Wohnort unklar)
- Gerhard Sommer, (teilweise auch als ‚Gerard, benannt), SS-Untersturmführer, Jg. 1921, wohnt in Hamburg-Volksdorf, Seniorenwohnheim der Cura AG
- Alfred Schöneberg, (teilweise auch als ‚Schoneberg, bzw. ‚Schönenberg, benannt), SS-Unterscharführer, Jg. 1921, wohnte in Düsseldorf, inzwischen verstorben
- Ludwig Heinrich Sonntag, (auch als ‚Heinz Ludwig Sonntag, benannt, oder ohne ‚Heinrich,), SS-Unterscharführer, Jg. 1924, Dortmund, inzwischen verstorben

Wegen Falzano di Cortona wurden zu lebenslänglich verurteilt:

- Josef Scheungraber, Ottobrunn (siehe oben)
- Herbert Stommel (Wohnort unbekannt)

Wegen Massakers in Branzolino-San Tome (bei Forli) zu lebenslänglich verurteilt: Heinrich Nordhorn (wohnte in Greven, mittlerweile unbekannt verzogen)

Wegen Kephallonia wurde bisher kein Täter verurteilt, in Deutschland wurde die Strafverfolgung abgebrochen.

Ulrich Sander
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) NRW ■

80 000 zeigen Bush, Merkel, Putin & Co. die Rote Karte

Drei Stunden lang demonstrierten 80 000 Menschen in Rostock gegen den G 8-Gipfel und seine neoliberale Agenda. Die bunte, kämpferische Demonstration verlief – in zwei Zügen vom Hauptbahnhof bzw. dem Schutower Kreuz – bis zur Abschlusskundgebung im Stadthafen ohne Zwischenfälle. Erst dort kam es zwischen der Polizei und Demonstratengruppen zu Scharmützeln, die bis in die Nacht andauerten. Auf beiden Seiten gab es Verletzte. Noch um Mitternacht kreisten Hubschrauber über der Stadt.

Die – zweifelsohne links geprägte – Demonstration umfasste TeilnehmerInnen aus allen Alterskategorien und hatte eine enorme politische Breite: von Jugendgruppen aus Berlin-Kreuzberg, Frauen- und Umweltinitiativen über Gewerkschaften (Ver.di – ein Streikführer berichtete über den aktuellen Arbeitskampf bei Telecom; IG Metall) bis hin zu Attacis und politischen Organisationen bzw. Parteien (Linkspartei).

www.arbeiterfotografie.com

Mit Witz und Phantasie wurden die „Großen dieser Welt“ aufs Korn genommen. Ein viel belachtes Transparent lautete: „Wir grüßen das Zentralkomitee des Kapitalismus: Osama W. Bush & Gas Putin“.

Der internationale Charakter der Demo zeigte sich sowohl hinsichtlich der TeilnehmerInnen als auch der RednerInnen. Besonders beeindruckend das Statement der brasilianischen Befreiungstheologin Nancy Cardoso. Sie optierte für eine „Kirche von unten, Seite an Seite mit fortschrittlichen Bewegungen im Ringen für eine andere Welt“ und – mehrmals Brecht zitierend – „für ein Ende der kapitalistischen Barberei und einen gemeinsamen, Kontinente übergreifenden Kampf für eine sozialistische Zukunft“. Auch aus Österreich kamen Demo-TeilnehmerInnen: sie entrollten ein Riesen-Transparent („Gegen Sozial- und Bildungsabbau. Für ein soziales Europa“) und riefen Losungen wie „Keine Macht für G 8“ und „Hoch die internationale Solidarität“.

Jean Ziegler eröffnet Alternativgipfel mit zündender Rede

Der Alternativgipfel zum G8-Treffen der „Macher der Welt“ wurde in der Rostocker Nikolaikirche mit einer Rede Jean Zieglers, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung eröffnet. Einer Rede, die an inhaltlicher Schärfe kaum zu überbieten war.

Jean Ziegler geißelte den Hunger in der Welt, das tagtägliche massenhafte (Kinder)sterben – in einer Welt von enormen aktuellen und potenziellen Reichtum: „Es wäre heute möglich, das Doppelte der heutigen Bevölkerung auf dem Planeten zu ernähren“.

Dass es anders läuft, ist weder naturgegeben, noch unabwendbar. „Es ist die mörderische Logik der kapitalistischen Profitmaximierung, die das Elend gebiert“. Und die G-8 Vertreter in „ihrem Löwenkäfig in Heiligendamm“ (eine Anspielung auf den 12 Millionen Euro teuren Stacheldrahtzaun, hinter dem Bush, Merkel, Putin & Co. tagten) sind die Exekutoren dieser Logik. Für „drei Viertel der Menschheit ist die Globalisierung nichts als organisierter Terror“. An Weltbank und WTO kann nicht reformerisch herumgeflickt werden, diese „mörderischen Söldnerbanden“ können nur „ersatzlos gestrichen“ werden.

Jean Ziegler blieb jedoch nicht bei der – schrecklichen – Bestandsaufnahme stehen. „Es gibt Hoffnung, eine andere Welt ist sehr wohl möglich“. Er erinnerte an den Canto General von Pablo Neruda: auch wenn die Herrschenden „alle Blumen abschneiden. Den Frühling könnt ihr uns nicht nehmen“.

Die weltweite globalisierungskritische Bewegung verfügt über eine klare Analyse der neoliberalen Misere und sie hat eine Vision von einer anderen ‚besseren Welt,. Jetzt gilt es gemeinsam, brüderlich und schwesterlich, über die nächsten taktischen Schritte zu beraten und kollektiv zu handeln.

Positive Resonanz

Die Proteste gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm haben eine überwiegend posi-

→

Gewaltverhältnisse

Rostock und die Folgen

von Peter Strutynski

Das Szenario der Gewalt bei der ersten großen Anti-G8-Demonstration in Rostock am 2. Juni war programmiert. Seit Wochen wurde die Öffentlichkeit darauf vorbereitet, dass „gewaltbereite Chaoten“ aus dem „linksradikalen Spektrum“ in die Stadt und in die Camps rund um Rostock und Heiligendamm einfallen würden. Innenminister Schäuble gebührt das zweifelhafte Verdienst, Gewalt herbeigeredet zu haben, die dann tatsächlich auch stattfand. Die Medien, insbesondere auch regionale Blätter in Mecklenburg-Vorpommern warnten die Bevölkerung vor Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten. Die Organisatoren des Widerstands hatten dieser konzertierten Propaganda – die es nicht bei Worten beließ, sondern mit einer großangelegten Razzia Anfang Mai bereits einen Vorgeschmack auf das verfügbare Reservoir staatlicher Repression gab – relativ wenig entgegenzusetzen. Globalisierungskritiker, Friedensbewegung und andere soziale Bewegungen befanden sich in einem Dilemma: Einerseits war ihnen die von der politischen Klasse aufgezwungene Gewaltdiskussion überhaupt nicht recht, lenkte sie doch von den guten Inhalten des Protestes ab. Auf der anderen Seite sorgte dieser Diskurs wenigstens dafür, das zuvor nur sehr zäh ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gedrungene Thema „Heiligendamm“ zu einem „Dauerbrenner“ in den täglichen Nachrichten der Medien zu machen. Gewünscht hätte man sich viel lieber eine inhaltliche Skandalierung des G8-Gipfels, doch die war ausgeblieben.

Es gibt mindestens zwei Gründe dafür, dass die Gewalt in Rostock nach dem Muster einer self fulfilling prophecy auch eintraf. Erstens musste der gigantische Polizeieinsatz – 30.000 Sicherheitskräfte, die einen vielfachen Millionenbetrag verschlangen – gegenüber der Steuer zahlenden Öffentlichkeit legitimiert werden. Wäre nichts passiert, hätte man sich den ganzen Aufwand auch sparen können. Da man sich den Aufwand aber leistete – weil der Sicherheitsstaat für „alle Fälle“ gerüstet sein müsse – musste etwas passieren. Zweitens sollte mit allen Mitteln die inhaltliche Auseinandersetzung um die Agenda des G8-Gipfels vermieden werden, weil die Gipfelverantwortlichen dabei keine gute Figur machen würden. Ob Klimakatastrophe oder Afrikapolitik: Die Herrschenden hatten außer guten Worten nichts anzubieten, was der Menschheit insbesondere in der Dritten Welt von Nutzen wäre. Steinwürfe gegen Polizisten sind ja nicht nur kein Ersatz für die begründeten Alternativen der Gipfelgegner, sie entlasten auch die herrschende Politik, ihre schlechten Argumente und Strategien zu begründen. Wo Steine fliegen, hört jegliche Diskussion auf.

Dennoch hatte die von oben angezettelte Gewaltdiskussion noch einen anderen, von den Urhebern nicht einkalkulierten Effekt. Die erwartete Aufrüstung bei den Sicherheitsvorkehrungen geriet plötzlich in einen so eklatanten Widerspruch zu dem zu erwartenden politischen Ertrag des Gipfels, dass die veröffentlichte Meinung zunehmend den ganzen Sinn der Veranstaltung in Frage zu stellen begann. Und zwar in zwei Richtungen: Einmal fürchteten die liberal gesonnenen Medien – hierin unterstützt von sensibilisierten Intellektuellen – um einen weiteren Abbau ohnehin schon vielfältig durchlöcherter und zerzauster demokratischer Rechte wie Meinungsfreiheit, Demonstrationsfreiheit und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Als Bundeskanzlerin Merkel in ihrer Funktion als EU-Ratspräsidentin beim EU-Russland-Gipfel in der Wolgastadt Samara am 17. Mai den russischen Präsidenten Putin dazu aufforderte, seine Gegner vor Ort demonstrieren zu lassen, konterte der gelassen und völlig korrekt, dass er sich angesichts der massiven Einschränkungen des Demonstrationsrechts in und um Heiligendamm keine Belehrungen in Sachen Demokratie gefallen lassen müsse. Zum anderen entwickelte sich überraschender Weise eine Kritik am Gipfel-Event, die über Heiligendamm hinaus solche Mammutkonferenzen grundsätzlich in Frage stellen. Und dies nicht nur wegen der hohen Kosten und der falsch gewählten Örtlichkeiten (die G8 ließen sich „sicherer“ und vor allem preisgünstiger z.B. auf einem Flugzeugträger unterbringen), sondern auch wegen des immer dünner werdenden politischen Ertrags. Wenn Franz Müntefering öffentlich darüber sinniert, ob solche Gipfel überhaupt noch „zeitgemäß“ sind (ob sie jemals „zeitgemäß“ waren, fragt er natürlich nicht, wahrscheinlich aus Pietät gegenüber Altbundeskanzler Helmut Schmidt, der die Gipfel vor 30 Jahren quasi „erfunden“ hatte) und wenn die ZEIT in ihrer Ausgabe vom 31. Mai 2007 „Scheinheiligendamm“ zum Aufmacher macht, ist die fundamentale Kritik am Gipfel sozusagen in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Der Aufwand lohnt nicht (mehr), die führenden Staatsmänner mit Dame Merkel tragen nichts zur Lösung der globalen Probleme bei, sondern sind selbst Teil des Problems. Walden Bello hat das auf der Kundgebung in Rostock auf den Punkt gebracht, als er sich dagegen wandte, von den G8 nicht nur Worte, sondern auch Taten zu verlangen. Nein, sagte er, die G8 selbst müssten „aus dem Weg gehen“, um alternativen Entwicklungsmöglichkeiten Platz zu machen.

Dies ist allerdings nur in einem – vermutlich langwierigen – politischen Prozess durchzusetzen. Und es erscheint fraglich, ob sich jüngere Protestler, die sich in irgendeiner Weise dem „Schwarzen Block“ zugehörig fühlen, mit einer solchen Perspektive zufrieden geben. Manche von ihnen streben den sofortigen Erfolg an, die punktuelle Auseinandersetzung mit den Repräsentanten der Staatsmacht und den Hauptverantwortlichen für die ungerechten Gewaltverhältnisse in der Welt. Und da sich der Gipfel selbst physisch nicht verhindern lässt, richtet sich die Wut dieser Globalisierungsgegner auf die „Handlanger“ der Mächtigen, auf den Polizeiapparat. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite der Barrikade steht eine Polizeiarmee, deren einzelne Teile in sehr unterschiedlicher Weise, aber immer auch unter dem Einfluss der Gewaltdiskussion auf Rostock und die anderen Events rund um Heiligendamm vorbereitet werden. Presseberichte und meine eigene Wahrnehmung in Rostock lassen den Schluss zu, dass es in Deutschland höchst unterschiedliche Demonstrationsreaktions-„Kulturen“ auf Seiten der Polizei gibt. So gibt es Berichte darüber, dass sich z.B. die für ihre besondere Härte bekannte 21. Einsatzhundertschaft aus Berlin „so sehr hervortat, dass andere Polizeiführer entsetzt intervenierten“ (Neues Deutschland, 4.06.07). Lange Anfahrtswege, Kasernierung und so manche verbale oder gestische Schmähung von Seiten einiger Protestierer mögen ein übriges tun, um die

Fortsetzung von Seite 6

tive Resonanz gefunden – nicht nur in den (internationalen) Medien. Offen wird der Flop des massiv sich aufrüstenden Staates thematisiert. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit haben zuletzt an die 10 000 GlobalisierungskritikerInnen mit ihren Blockaden den Herrschenden ein Schnippchen geschlagen und die Hohlheit ihrer Machtansprüche gezeigt: kämpferisch, aber gewaltfrei.Der neoliberale Kapitalismus und sein geistloser Knüppel vermögen eben nicht alles !

Und all das vor dem Hintergrund , dass beim offiziellen Gipfel außer unverbindlichen Sprechblasen („über die Folgen des Klimawandels soll in Zukunft ernsthaft nachgedacht werden“) und einigen Finanzzusagen für Afrika, die bereits in der Vergangenheit nicht eingehalten wurden, nichts Substantielles herausgekommen ist.

Jetzt gilt es den „Schwung von Heiligendamm“ in konkrete Aktionen umzusetzen: in Deutschland, in Österreich, in Europa, weltweit.

GEHEN WIR ES GEMEINSAM AN !

Hermann Dworczak (Aktivist im Austrian Social Forum / ASF) ■

Nerven der Beamten bis aufs äußerste anzuspannen und deren Gewalteinsatzbereitschaft zu erhöhen.

Eine einseitige Schuldzuweisung für die eingetretene Situation in Rostock an die Adresse des „schwarzen Blocks“ halte ich aus diesen Gründen für verkürzt. Völlig verfehlt war auch die an den Tenor der ersten Medienberichte sich anschließende Erklärung aus der Demonstrationsleitung, wonach die Polizei an der Entstehung der Gewaltsituation keine Schuld trage. Vielmehr hätte sie sich an die vereinbarte Deeskalationsstrategie gehalten. Dem steht doch eine Reihe von Fragen gegenüber, die im weiteren Verlauf der Untersuchungen zu überprüfen wären. In welche Gruppen des schwarzen Blocks waren verdeckt arbeitende Polizisten eingeschleust worden? Liegen der Polizei Erkenntnisse vor, ob sich im schwarzen Block auch eingeschleuste rechtsradikale Gruppen befanden? Welche Strategie verfolgten sie dort? Wie konnte es passieren, dass ein verwaistes Polizeiauto auf dem Kundgebungsplatz „zurück gelassen“ wurde? (Manche Beobachter sahen in dem tätlichen Angriff auf dieses Auto den entscheidenden Auslöser für das Eingreifen der Polizei.) Wozu kreiste ein Polizeihubschrauber immer wieder für längere Zeiten direkt über dem Kundgebungsplatz und erzwang auf diese Weise die wiederholte Unterbrechung der Kundgebung? Warum war das vereinzelte Abschießen von Feuerwerkskörpern – bei der Auftaktkundgebung am Bahnhof noch geduldet – am Rande der Schlusskundgebung Anlass für polizeiliche Übergriffe?

Um nicht missverstanden zu werden: Hier soll nun keineswegs der Versuch gemacht werden, den Spieß einfach umzudrehen und die Randalierer aus dem schwarzen Block zu entschuldigen. Mir geht es vielmehr darum, auf die strukturelle Ähnlichkeit des Verhaltens gewaltbereiter „Protestierer“ und gewaltbereiter „Ordnungskräfte“ hinzuweisen. Zwischen ihnen besteht ein psychisch-mentaler symbiotischer Zusammenhang, der sich – beinahe gesetzmäßig – in einer Spirale der Gewalt entlädt, wenn die äußeren Rahmenbedingungen es zulassen. Unnötig zu sagen, wessen politische Geschäfte hierbei erledigt werden.

Unnötig auch zu sagen, dass eine an politischer Aufklärung interessierte globalisierungskritische und Friedensbewegung jegliche Gewalt bei Demonstrationen strikt ablehnen muss. Sie ist darauf nicht angewiesen, weil sie die besseren Argumente hat. Wir wollen aber darüber nicht den Maßstab aus den Augen verlieren, der etwa so lauten könnte: Was sind ein paar Dutzend Steinewerfer gegen die militärische Gewalt, die täglich in Irak oder Afghanistan, in Palästina oder in Somalia, in Kolumbien oder in Sri Lanka, in Tschetschenien oder in Pakistan angewandt wird? Was ist die ohnmächtige und hilflose Gewalt der Pflastersteine gegen die strukturelle Ungerechtigkeit und Gewalt, an der täglich Tausende Menschen in der Dritten Welt krepieren? Diese bittere Wahrheit des täglichen Massenmordes an unschuldigen Kindern, Jugendlichen, Frauen, Kranken, Arbeitslosen und anderen Opfern der neoliberalen Globalisierung sollten die Proteste zum G8-Gipfel zum Ausdruck bringen.

Die spezielle Kritik der Friedensbewegung richtete sich vor allem gegen den offenkundigen Grundkonsens der beteiligten Großmächte, Krieg und die Androhung von Krieg als Mittel der Politik zu akzeptieren. Damit wird nach einer langen Periode der – zumindest verbalen – Anerkennung der Prinzipien des Völkerrechts, insbesondere des in der Charta der Vereinten Nationen verankerten strikten Gewaltverbots (Art. 2,4), die internationale Rechtsordnung schwer beschädigt. Alle acht Gipfelstaaten führen illegale Kriege, sei,s im Rahmen der NATO in Afghanistan und im Persischen Golf sowie vor der ostafrikanischen Küste (im Rahmen von „Enduring Freedom“), sei,s im Rahmen der „Koalition der Willigen“ im Irak, sei,s im Rahmen eines inneren Konflikts in Tschetschenien (Russland).

Deutschland macht da keine Ausnahme. Zwar hatte die Bundesregierung 2003 den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Irak abgelehnt (ihn aber gleichwohl indirekt unterstützt). Sie war aber bereits 1999 am illegalen Angriffskrieg gegen das damalige Jugoslawien beteiligt gewesen und ist es heute an der Operation Enduring Freedom. Berlin betreibt mit Nachdruck sowohl die Transformation der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee in eine Interventionsarmee als auch die Militarisierung der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik (z.B. Aufbau von Battlegroups, Aufrüstungsgebot in der bisher gescheiterten EU-Verfassung). Und wir können sicher sein, dass die Befürworter eines strammen Rechtskurses Rostock zum Anlass nehmen werden, via Grundgesetzänderung den Einsatz der Bundeswehr im Innern möglich zu machen.

Den eifernden Ordnungspolitikern aller Couleur, die jetzt auf der Woge der Gewaltverurteilung daher kommen, muss der Spiegel vorgehalten werden, der die wahren Gewaltverhältnisse wieder ins richtige Licht rückt. Die Demonstration in Rostock hat das zunächst vorbildlich getan. An diesem Erfolg gilt es anzuknüpfen.

Peter Strutynski ■
Friedensratschlag Kassel
www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/Globalisierung/g8-2007/gewalt.html

Neonazis marschierten durchs Brandenburger Tor

Berlin. Nach dem Verbot der für den 2. Juni angekündigten NPD-Demonstration in Schwerin zum G8-Gipfel haben am Wochenende Neonazis in mehreren norddeutschen Städten unangemeldet demonstriert. Unter anderem gelang es hunderten Rechtsextremen, am Sonnabendvormittag, durch das Brandenburger Tor in Berlin zu ziehen. Sie hielten NPD-Fahnen und ein Transparent mit der Aufschrift „Deutschland den Deutschen“ hoch. Wachschützer an der Baustelle der neuen US-Botschaft alarmierten die Polizei. Angerückte Beamte wurden von den Demonstranten zur Seite geschoben. Die Neonazis, unter anderem aus Bayern und Thüringen, waren mit Bussen nach Schwerin unterwegs, als sie auf halber Strecke die Nachricht vom gerichtlichen Demoverbot in Schwerin erhielten. Sie entschlossen sich daraufhin, zu einer Änderung der Reiseroute und der unangemeldeten Demo. Als bereits zwei Gruppen Rechtsextremer durch das Tor gezogen waren, hatte die Polizei rund 250 Beamte zusammen und konnte eine dritte Gruppe stoppen. Dabei kam es zu Rangeleien mit den Demonstranten. 13 NPD-Anhänger wurden festgenommen.

Zu mehreren Demonstrationen von NPD-Anhängern kam es am Sonnabend auch in Brandenburg. Nachdem der Eilantrag zu einer Kundgebung in der Stadt Brandenburg/Havel gescheitert war, liefen am Sonnabend in Potsdam rund 60 Angehörige der rechten Szene vom Hauptbahnhof Richtung Innenstadt. Rund 80 Personen, die mit Bussen nach Schwerin unterwegs waren, versammelten sich in Oranienburg. In Wittenberge kamen 200 Rechte zusammen, die ursprünglich ebenfalls nach Schwerin unterwegs waren. Ungenehmigte Demonstrationen von Rechtsextremen gab es auch in Lauenburg (Schleswig-Holstein) und Lüneburg (Niedersachsen). NPD-Generalsekretär, Peter Marx kündigte weitere Proteste an. Nach seinen Worten waren rund 2 500 Anhänger seiner Partei an 16 verschiedenen Aktionen beteiligt.

Die NPD feiert auf ihren Internet-Seite ihren Überraschungscoup. Zusätzlich zu den „150 Nationalisten“ am Brandenburger Tor hätten 70 Mitstreiter vor dem Reichstag demonstriert. Mit dieser spontanen Aktion habe man dem Innensenator gezeigt, was Versammlungsrecht sei. Körting hält nicht zuletzt deshalb weiterhin an seiner Forderung nach einem Verbot der Partei fest.

Das Brandenburger Tor ist seit langem Zielpunkt für rechtsextreme Demonstrationen. Dort hatten die Nationalsozialisten schon am 30.Januar 1933 zur Machtergreifung der NSDAP Fackelzüge veranstaltet.
Die NPD versucht immer wieder, dort zu marschieren. Innensenator Körting und seiner Versammlungsbehörde war es zuletzt aber immer gelungen, die Rechtsextremen vom Tor fernzuhalten und ihnen andere Orte anzubieten.

Auszüge aus einem Bericht der Berliner Zeitung vom 4.6.2007 ■

Erster Durchgang der Parlamentswahlen in Frankreich:

Gemein! Sarkozy schluckt Wählerreservoir der extremen Rechten

Das kann man kein ‚Déjà vu' nennen, sondern nur als ‚Jamais vu' (Nie gesehen) bezeichnen. Also als nie dagewesenes Ereignis. Tatsächlich hat die französische extreme Rechte, seitdem sie in den Jahren 1983/84 ihr bis dahin gefristetes Dasein in Form von Splittergruppen und Null-Komma-Parteien verlassen konnte, noch nie so schlecht bei einer Wahl abgeschnitten. Keine 5 Prozent und keine Million Stimmen für den Front National (FN) und den Mouvement National-Républicain (MNR) zusammengenommen: Das ist die, aus ihrer Sicht: bittere, Ernte der beiden rechtsextremen Parteien beim ersten Durchgang der französischen Parlamentswahl vom Sonntag.

Dazu im Vergleich ein kurzer Rückblick: Seit 1984, in jenem Jahr erhielt der FN knapp 11 Prozent bei den Europaparlamentswahlen und erlebte damit seinen ersten landesweiten Durchbruch, lag sie frankreichweit stets über oder zumindest in der Nähe der Zehn-Prozent-Marke. Selbst kurz nach der verheerenden Parteispaltung zwischen Le Pen- und Mégret-Anhängern vom Jahreswechsel 1998/99 erhielten sie zusammen noch immer landesweit 9 Prozent der Stimmen. Bei den frankreichweit am selben Tag stattfindenden Kommunalwahlen im März 2001 lag die gespaltene extreme Rechte landesweit schon wieder knapp oberhalb der 10 Prozent.

Und nun das! 4,3 Prozent (laut dem vorläufigen Ergebnis in der Nacht vom Sonntag zum Montag) der Stimmen wurden im nationalen Durchschnitt für die Kandidatinnen und Kandidaten des FN abgegeben, weitere 0,4 Prozent für jene des MNR.

Massenphänomen: Überlaufen zur UMP

Wohin die ‚lieben' Wähler entschwunden sind, danach braucht man nicht zwei mal zu fragen: Sofern sie sich nicht der Stimme enthielten (wie unzählige andere Französinnen und Franzosen, da nach der Präsidentschaftswahl der Ausgang der Parlamentswahl ohnehin klar schien), gingen sie massiv zum konservativen Block über, der von Nicolas Sarkozy angeführt wird. Nach ersten Zahlen vom Wahlabend, die zunächst auf dem öffentlich-rechtlichen Sender ‚France 2' bekannt gegeben wurden, sollen 41 Prozent der WählerInnen des Kandidaten Jean-Marie Le Pen bei der Parlamentswahl für Bewerber der extremen Rechten gestimmt haben. 36 Prozent hingegen für solche der bürgerlich-konservativen Rechten, weitere 10 Prozent sollen die Stimmenthaltung gewählt haben. Allerdings wirft diese Rechnung ein mathematisches Problem auf, da demnach zwei Fünftel der Wähler Le Pens vom 22. April dieses Jahres (das waren 3,8 Millionen) noch immer für die extreme Rechte gestimmt hätten – das wären aber mehr als die knapp eine Million Stimmen, die seine Kandidaten dieses Mal erhielten. Im weiteren Verlauf des Wahlabends war dann auf ‚France 2, hingegen von 30 Prozent Enthaltung unter den vormaligen WählerInnen Jean-Marie Le Pens die Rede. Im Augenblick ist es noch zu früh, um diese Angaben näher zu überprüfen bzw. mit anderen Zahlen abzugleichen.

Hingegen dürfte unzweideutig feststehen, dass es einen massenhaften Anschluss früherer FN-Wähler/innen an die konservative UMP gegeben hat, wie bereits bei der jüngsten Präsidentschaftswahl. Darauf deutet das Gesamtbild der Wählerströme hin: Die UMP hat massiv hinzugewonnen, aber die Linksparteien haben ihren Stimmenanteil ihrerseits weitgehend konstant halten können. Die Sozialdemokratie schnitt mir rund 29 Prozent (inklusive Verbündete) etwas höher ab als bei der letzten Parlamentswahl im Juni 2002. Die KP schnitt mit 4,8 Prozent genau gleich ab wie vor fünf Jahren – vom Stimmenanteil her, dagegen droht ihr, dass sie (mangels Abkommen mit der Sozialdemokratie über die Aufteilung der Wahlkreise vor dem ersten Wahlgang) wesentlich weniger Abgeordnete mitnehmen wird als beim letzten Mal und ihr Fraktionsstatus verloren geht. Die außerparlamentarische radikale Linke schnitt ihrerseits mit 3,7 Prozent um ein gutes halbes Prozent höher ab als bei der letzten Parlamantswahl. Der starke Zuwachs des konservativen Blocks (die UMP gewinnt knapp 42 Prozent, und mit verbündeten kleineren Rechtsparteien – darunter die Villiers-Anhänger, vgl. unten – zusammen 45 Prozent der Stimmen) erklärt sich also mitnichten aus einem Rückgang der Linkskräfte.

Auch die geographische Verteilung der Stimmenflüsse deutet darauf hin, dass es einen massiven Zustrom von Stimmen aus dem früheren Reservoir des FN hin zur konservativen UMP gegeben hat. Die extreme Rechte erlitt massive Einbrüche in ihren früheren Hochburgen Elsass und PACA (Provence-Alpes-Côte d,Azur), daneben auch in der Nachbarregion Languedoc-Roussillon (um Montpellier). In den letzteren beiden Fällen konnte der FN dort bislang vor allem fest auf eine Wählerschaft von ehemaligen Algerienfranzosen bauen, eine Art „Vertriebenenmilieu". In denselben Regionen erfährt die UMP nunmehr massive Zuwächse. Etwas besser hält sich der FN hingegen in abgestiegenen Industrieregionen wie vor allem dem Nord-Pas-de-Calais, wo ihm ein Einbruch in die frühere Arbeiterwählerschaft gelungen ist. Dort ist die „Versuchung" ehemaliger FN-Wähler, jetzt für das Sarkozy-Lager zu stimmen, wesentlich geringer. Das bestätigt die Analyse, die man nach den französischen Präsidentschaftswahlen vom April und Mai anstellen konnte. Ähnlich wie bei der Präsidentschaftswahl, kündigen auch dieses Mal genau zwei Drittel der verbliebenen FN-Wähler aus dem ersten Wahlgang an, in der zweiten Runde (Stichwahl) für das Lager Nicolas Sarkozys zu stimmen.

Allein Marine Le Pen schwimmt oben

Als einzige Bewerberin des Front National konnte die Cheftochter Marine Le Pen in ihrem Wahlkreis Hénin-Beaumont, im früheren Bergbaurevier Pas-de-Calais in der Nähe der belgischen Grenze, die magische Hürde überspringen, die die Teilnehmer am ersten Wahlgang von den in die zweite Runde einziehenden Bewerbern trennt. Dazu sind 12,5 Prozent erforderlich, nicht der abgegebenen gültigen Stimmen (wie man in deutschen Medien oft fälschlich liest), sondern der in die Wählerlisten eingetragenen Wahlberechtigten. Das bedeutet, dass, je nach Wahlbeteiligung, 15 oder 18 Prozent oder auch mehr der abgegebenen Stimmen im ersten Durchgang erforderlich sein können. Die Wahlenthaltung war frankreichweit an diesem Sonntag außerordentlich hoch (39 Prozent), so dass die Hürde – in Prozentergebnissen gemessen – dieses Mal etwas höher lag. Aber mit Ausnahme von Marine Le Pen kam, nach den ersten verfügbaren Angaben, ohnehin keine Kandidatin und kein Kandidat des FN auch nur in ihre Nähe.

Die Cheftochter hatte sich jenen Wahlkreis (in der industriellen Krisenzone in der Nähe von Lens) ausgesucht, wo der FN anders als fast überall sonst noch eine echte gesellschaftliche Verankerung vor Ort aufweist, konkrete soziale Probleme aufgreift und im Alltag sofort auf neu auftauchende Ereignisse zu reagieren vermag. Diese Zone bildet in gewisser Weise das „soziale Laboratorium" des FN. Andernorts ist er dazu aber überhaupt nicht mehr in der Lage. In „ihrem" Wahlkreis erhielt Marine Le Pen 24,5 Prozent der Stimmen und liegt damit um rund 4 Prozent hinter dem bestplatzierten Bewerber, aus den Reihen der französischen Sozialdemokratie. Gegen ihn kann sie nun in der zweiten Runde antreten. Aussichten darauf, in der Stichwahl am folgenden Sonntag den Parlamentssitz zu erobern, hat auch sie im Prinzip keine.

Dem MNR unter Bruno Mégret wurde erneut der Kopf tief unter die Wasseroberfläche gedrückt. Mégret persönlich erhält in Vitrolles, wo seine Gattin Catherine Mégret von Februar 1997 bis Oktober 2002 noch als Bürgermeisterin amtierte, nur 2,03 Prozent der Stimmen. Man muss jedoch hinzufügen, dass der FN, der definitiv keine Rücksicht auf den ehemaligen „Verräter" aus seinen Reihen nehmen mochte (trotz offiziell zelebrierter „Aussöhnung" zwischen Le Pen und Mégret am 20. Dezember 2006, und Wahlaufruf des Letztgenannten zugunsten Jean-Marie Le Pens bei der Präsidentschaftswahl), einen eigenen Kandidaten gegen Bruno Mégret aufgeboten

hatte. Letzterer erhält in Vitrolles 7,4 Prozent. Alles in allem bleibt dies jedoch ein geringes Ergebnis, berücksichtigt man, dass die extreme Rechte insgesamt in Vitrolles im Juni 2002 noch über 31 Prozent der Stimmen erzielen konnte: 18,6 Prozent für Mégret und 13,25 % für den damaligen FN-Kandidaten.

Rechtskatholiken im Bunde mit der bürgerlichen Rechten

Die Rechtskatholiken des ‚Mouvement pour la France' (MPF, Bewegung für Frankreich) unter ihrem Grafen Philippe de Villiers sind bei diesem Fünf-Prozent-Gesamtergebnis für die extreme Rechte noch nicht berücksichtigt. Sie erhielten ihrerseits im frankreichweiten Durchschnitt 1,2 Prozent für ihre Kandidaten. Aber ihre Situation bildet insofern einen Sonderfall, als ihr Durchschnittsergebnis durch lokale Sondersituationen verzerrt wird: In drei Fällen hat der konservativ-liberale Bürgerblock nämlich keine Gegenkandidaten gegen die Nationalkonservativen aufgestellt. D.h. die Regierungspartei UMP hat, innerhalb der politischen Rechten, diese Wahlkreise der Villiers-Partei „überlassen". Und zwar dort, wo es um die beiden bisherigen Abgeordneten der Villiéristen in der Pariser Nationalversammlung ging, die beide aus der westfranzösischen Vendée kommen, sowie im Wahlkreis des Rechtsanwalts Alexandre Varaut im Département Seine-Saint-Denis (nördliche Pariser Trabantenstadtzone).

Das Département Vendée, dessen Bezirksregierung niemand anders als Philippe de Villiers persönlich vorsitzt, ist ein französischer Bezirk mit ausgeprägt rechter Politiktradition. Hier fand 1793/94 der Aufstand „für Gott und König" gegen die junge Republik stand, der zwar von konterrevolutionären Adeligen angeführt wurde, aber eine Massenbasis unter den örtlichen Bauern hatte, die verarmt waren und sich durch die (in der bürgerlichen Republik aufsteigende) Bourgeoisie ökonomisch bedroht fühlten. Die Niederschlagung der Vendée-Revolte wird in den Reihen eines Teils der konservativen Rechten, aber stärker noch der extremen Rechten – etwa auf dem katholischen Flügel des Front National – heute noch als „Genozid" angeprangert. Philippe de Villiers hat 1977, als junger Chef der Bezirksregierung, ein sommerliches Freiluftspektakel zum Andenken an den (konterrevolutionären, aber von ihm natürlich nicht so bezeichneten) Aufstand in der Vendée und seine Niederschlagung einrichten lassen: das „Spectacle du Puy du Fou".

Im Wahlkreis Bobigny und Drancy, in der nördlichen Pariser Banlieue (Verwaltungsbezirk Seine-Saint-Denis), hat die Villiers-Partei den Rechtsanwalt Alexandre Varaut als Kandidaten aufgestellt. Dieser Aktivist des katholischen Laienverbands Opus Dei ist zugleich auch der Sohn von Jean-Marc Varaut, des Anwalts eines gewissen Maurice Papon in seinem Mammutprozess von 1997/98 wegen „Beihilfe zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit" – Judendeportationen aus dem Raum Bourdeaux in den Jahren 1942 bis 44. Der Sohnemann hatte nun auch die Unterstützung von Nicolas Sarkozys UMP, die in 2seinem" Wahlkreis keinen eigenen Kandidaten neben Varaut aufgestellt hatte, sondern explizit zur Wahl Varauts aufrief. Au?er ihm trat noch ein anderer Kandidat aus den Reihen der bürgerlichen Rechten auf, Jean-Christophe Lagarde, der Bürgermeister von Drancy, der aber durch die christdemokratisch-liberale frühere UDF (jetzt umbenannt in MoDem, Mouvement Démocrate) unterstützt wurde und somit nicht dem Regierungslager angehört.

Geld, Geld, Geld...

Die nähere Zukunft der extremen Rechten wird belegen müssen, wie sie nun mit der neuen Situation umgehen kann. Garantiert ist ihr schon jetzt, dass ihre finanziellen Möglichkeiten zurückgehen WERDEN, da die staatliche Parteienfinanzierung in Frankreich von den jeweiligen Ergebnissen der politischen Parteien bei den Parlamentswahlen abhängt: Jede dort erhaltene Stimme trägt ihnen 1,63 Euro pro Jahr (bis zur nächsten Parlamentswahl) ein. Auf dieser Grundlage erhielt der FN bislang rund 4,6 Millionen Euro pro Jahr an staatlicher Parteienfinanzierung. Bereits vor dem Wahlsonntag hatten hohe FN-Funktionäre, die in fast allen Zeitungen zitiert wurden, im "Off" eine Halbierung dieses Geldzuflusses für die nahe Zukunft prognostiziert. Das war fast realistisch. Nun wird es allerdings künftig noch ein bisschen weniger als die Hälfte des jährliches Zuschusses geben.

Nicht ausgeschlossen wird vor diesem Hintergrund auch der Verkauf des Parteisitzes in Saint-Cloud, einem Nobelvorort westlich von Paris. Le Pen hatte im Vorfeld der Parlamentswahl bereits bitter angekündigt: „Politik kann man man auch in einer ‚Chambre de bonne, (Dienstmädchenzimmer, Mansardenwohnung) betreiben." Nicht alle Mitarbeiter am Parteisitz dürften sich allerdings mit dieser Vision anfreunden können..., zumal einigen von ihnen nun vielleicht die Entlassung drohen dürfte.

Aber auch politische Konsequenzen werden anstehen. Bislang stehen sich zwei Visionen von der politisch-ideologischen und doktrinären Zukunft des FN gegenüber: Auf der einen Seite finden sich die „Modernisierer" rund um Marine Le Pen und den seit 2005 amtierenden Generalsekretär Louis Aliot (einen Mittdreißiger), auf der anderer Seite die „Traditionalisten" rund um den derzeitigen Generalbeauftragten oder ‚Délégué général' der Partei, Bruno Gollnisch. In den Reihen der Letzteren hat sich, stärker noch als Gollnisch, der im Oktober 2005 geschasste Ex-Generalsekretär und 2Beauftragte für soziale Fragen" der rechtsextremen Partei, Carl Lang (er erhielt als Kandidat in Maubeuge, an der belgischen Grenze, 11,3 Prozent), profiliert.

Erstere streben eine Umwälzung der bisherigen Funktionsweise des Front National an. Sowohl auf der Ebene der Strukturen – dort soll die bisherige Doppelstruktur, mit „Generalsekretär" auf der einen Seite und „Generalbeauftragtem" auf der anderen (die sich gegenseitig kontrollieren und in Schach halten sollen, damit es keine aufstrebende „Nummer Zwei" gibt und die alleinige Allmacht des Chefs gewahrt bleibt) aufgebrochen werden. Stattdessen sollen klassische Parteistrukturen, wie sie auch anderswo bestehen, übernommen werden, mit einem „verschlankten Apparat". Aber auch, zusätzlich, auf der Ebene der Doktrin. Dort möchten die „Modernisierer" nun der Eigendynamik der ‚aus dem historischen Vorlauf der extremen Rechten und ihrer Geschichte erklärbaren' Strömungen bzw. „politischen Familien" und „Sensibilitäten" aufräumen. Tatsächlich führen Strömungen wie die katholischen Fundamentalisten einerseits und die (rassenbiologisch argumentierenden) Neuheiden anderseits, deren Doktrin sich in ihren Kernelementen gegenseitig ausschließen, ein starkes Eigenleben. Sie haben eigene Strukturen inner- bzw. außerhalb des FN, eigene Publikationsorgane... Die „Modernisierer" möchten damit Schluss machen, die Strömungen in einer – verschlankten und effizienter gestalteten – einheitlichen Parteistruktur auflösen und die Doktrin auf einige Grundsätze, die einen Common Sens abgeben können, reduzieren. Ferner möchte Aliot, dessen Ankündigung in ‚Le Monde' vom 31. Mai zitiert wird, mit jenen Schluss machen, die „unter der Fahne des FN" einen „Kampf gegen die jüdische Lobby führen" möchten. Anders ausgedrückt, er möchte mit offen ausgesprochenem Antisemitismus Schluss machen, der laut seinen Worten „nur Probleme bringt". Hingegen möchte die Gegenseite, gemäß einem Konzept, das jüngst in der Monatszeitschrift ‚Le Choc du mois' präsentiert worden ist, ein „Epinay von Rechts" anstreben. Unter Anspielung auf den Kongress von Epinay-sur-Seine im Juni 1971, auf dem unterschiedliche Organisationen der zersplitterten französischen Sozialdemokratie in einem einheitlichen Dachverband – aus dem der heutige Parti Socialiste (PS) wurde – zusammengeführt wurden, streben sie also nach einer Föderation unterschiedlicher Strömungen. Diese soll auch auf bisher außerhalb des FN stehende Fraktionen, wie die „Identitaires" (militante Stiefelfaschisten, die eigene Listen zur jüngsten Parlamentswahl präsentierten) oder auch die Villiers-Anhänger, ausgedehnt werden. Auch ist von der Einrichtung einer kollegialen Parteiführung an der Spitze die Rede.

Das wird Jean-Marie Le Pen nicht schmecken, der bereits erklärt hat, schon wieder als Kandidat für seine eigene Nachfolge auf dem nächsten Parteikongress (am 17./18. November 2007 in Bordeaux) antreten zu wollen. Dies könnte wohl kurzfristig das offene Ausbrechen des Strömungskriegs verhindern, wenngleich die aus Sicht der Partei wirklich notwendige Erneuerung an ihrer Spitze damit noch länger ausbleiben wird. Ferner wird das offene Messerwetzen aber wohl auch deswegen vorläufig ausbleiben, weil beide Lager nun das Gewicht der Niederlage tragen: Marine Le Pen und ihre Leute waren für den Rückgang bei der Präsidentschaftswahl verantwortlich gemacht worden, aber nun hatte Gollnisch den Parlamentswahlkampf organisiert. Ihr persönliches Ergebnis im Wahlkreis Pas-de-Calais dürfte die Cheftochter sogar eher gegen Kritik schützen und ihre Position seit Sonntag eher gestärkt denn geschwächt haben.

Bernhard Schmid (Paris) ■

Aufenthaltsrecht: Fallen Alte und Kranke aus dem Raster?

BERLIN. Für Ausländer, die bis zum 1. Juli 2007 mindestens acht Jahre in Deutschland gelebt haben, wird eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis künftig an einen festen Arbeitsplatz geknüpft. Bis Ende 2009 müssen die Betroffenen einen solchen vorweisen. Ausnahmen - etwa für Alte und Kranke - soll es dabei nicht geben. Diesen humanitären Aspekt diskutierten die Sachverständigen am Dienstagnachmittag im dritten Teil der Anhörung des Innenausschusses zum EU-Richtlinienumsetzungsgesetz (16/ 5065), welches das Aufenthalts- und Asylrecht neu regelt. Professor Kay Hailbronner (Universität Konstanz) sah keinen Platz für Ermessensspielraum im Gesetz. Die Sicherung des Lebensunterhalts sei klar durch die Erwerbstätigkeit festgelegt. Deswegen plädierte Dr. Gottfried Köfner (Regionalvertreter des hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, UNHCR) für die Notwendigkeit einer Öffnungsklausel für humanitäre Fälle: „Nicht jeder kann finanziell für sich sorgen. Alte, Kranke, Traumatisierte oder Behinderte sind dazu nicht in der Lage“, machte er deutlich. Köfner befürchtet, dass nun eine neue Gruppe von Ausländern entstehen könnte, die zwar keine Aufenthaltserlaubnis mehr besitzt, aber trotzdem nicht ausgewiesen werden kann. Dies werde einer Lösung im Sinne der Nachhaltigkeit nicht gerecht. Katharina Wegner (Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche) ergänzte: „Wer eine humanitäre Lösung anstrebt, muss auch die Einwanderung in das Sozialsystem zulassen.“ Sie kritisierte die ihrer Meinung nach zu kurzen Fristen, da auch Ausländer, die noch nicht acht Jahre in Deutschland verbracht haben, bereits voll in den Arbeitsmarkt integriert seien. Mit der Stichtagsregelung zum 1. Juli 2007 fielen sie jedoch aus dem Raster. Nach Meinung von Klaus Dienelt (Bundesverwaltungsgericht) und Stefan Kessler (Jesuiten-Flüchtlingsdienst) wird mit der neuen Regelung auch eine alte Lücke geschlossen, denn Ausländer könnten jetzt, trotz auslaufender Arbeitsgenehmigung, weiter ihrer Tätigkeit nachgehen. Dies brächte eine Verbesserung, unterstrich Kessler. Dennoch betonte auch er die Problematik alter und kranker Menschen. Rechtsanwalt Reinhard Marx kritisierte die starren Regelsätze. Aus seiner Erfahrung wisse er, dass viele Familien bereits mit weniger Geld auskommen, ohne auf Sozialleistungen zurückzugreifen.

Quelle: Büro JRS stefan.kessler@jrs.net / flucht@nds-fluerat.org - 6.06.07 ■

Nötig aber nicht hinreichend: Studie zur Wirkung berufsbezogener Sprachkurse

In einem Kurzbericht (Ausgabe 3/ 2007) untersucht das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) die Wirkung von berufsbezogenen Deutschkursen auf die Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten, die arbeitslos sind. Seit 2004 fördert die Bundesagentur für Arbeit (BA) berufsbezogene Sprachkurse aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF). Diese ESF-BA-Sprachkurse dauern in Vollzeit drei und in Teilzeit bis zu sechs Monaten. In den Jahren 2004 und 2005 haben rund 34.000 Menschen an den Kursen teilgenommen. Die Daten über den Verbleib der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind zunächst einmal unbefriedigend, wenn man zum Beispiel vergleicht, dass sechs Monate nach einer Weiterbildung nur 37 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind und rund 40 Prozent arbeitslos. Die Studie kommt in diesem Zusammenhang zu der Bewertung: „Die vergleichsweise unbefriedigenden Ergebnisse der Teilnahme an einem reinen Sprachkurs scheinen dafür zu sprechen, dass nicht die Sprachdefizite oder der Migrantenstatus an sich, sondern die geringe Qualifikation das entscheidende Hemmnis für einen beruflichen Wiedereinstieg darstellen. Die berufsbezogenen Sprachkurse dürfen deshalb jedoch nicht mit einem Misserfolg gleichgesetzt werden. Vielmehr könnten sie vermutlich in vielen Fällen als Vorbereitung auf eine anschließende Qualifizierung nützlich sein.“

Quelle: Forum Migration Juni 2007 - 1.6.2007 ■

Ein Plädoyer für die Ratifizierung der UN-Wanderarbeitnehmerkonvention

Mit einer Studie zur UN-Wanderarbeitnehmerkonvention will das Deutsche Institut für Menschenrechte eine Diskussion über dieses internationale Übereinkommen neu beleben.

Die Wanderarbeitnehmerkonvention wurde 1990 abgeschlossen. Erst 2003 erreichte sie die nötige Zahl an Ratifizierungen, damit sie in Kraft treten konnte. Bis heute haben sie gerade 34 Staaten – meist Herkunftsländer von Migrantinnen und Migranten – unterzeichnet. Zielländer wie Deutschland und auch die anderen Staaten der Europäischen Union sind der Konvention nicht beigetreten.

Die Studie kommt zu dem Schluss, dass der Wert der Konvention in der Präzisierung der allgemeinen Menschenrechte für die Situation von Migrantinnen und Migranten unabhängig von deren Aufenthaltsstatus und in der Betonung von Informations- und Kooperationspflichten der Herkunfts-, Transit- und Zielstaaten liegt. Daneben ist aus Sicht der Studie auch die Einrichtung eines Überwachungsverfahrens für die Menschenrechte von Migrantinnen und Migranten ein wichtiges Instrument. Gleichzeitig verweist die Studie auf Lücken bei der Gewährleistung der durch die allgemeinen Menschenrechtsabkommen garantierten Rechte in der Praxis. Das gilt etwa bei der Durchsetzung der Rechte in der Arbeit für Irreguläre oder deren Zugang zur Gesundheitsversorgung.

Download unter: http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/sl.php?id=178

Quelle: Forum Migration Juni 2007 - 1.6.2007 ■

Amnesty International „extrem besorgt“ über Abschiebungen nach Kosovo

In einem umfangreichen Report warnt Amnesty International (AI) vor Abschiebungen von Angehörigen ethnischer Minderheiten in den Kosovo. Die Menschenrechtsorganisation zeigt sich „extrem besorgt“ darüber, dass einige europäische Staaten derzeit Vorbereitungen für Abschiebungen in den Kosovo treffen, obwohl die politischen Auseinandersetzungen um die Statusfrage nach Einschätzung von AI in neue Gewalt münden können.

„Bis heute haben weder die UNMIK (UN-Übergangsverwaltung) noch die derzeitigen PISG (Provisorischen Selbstverwaltungsorgane) eine sichere Umgebung für die Rückkehr der Minderheitengruppen in Sicherheit und Würde geschaffen“, erklärt AI. Nach Schätzungen von AI sind nach Juli 1999 über 235.000 Serben, Roma und Mitglieder anderer ethnischer Minderheiten aus Kosovo geflohen. Nur etwa sechs Prozent sind seither zurückgekehrt.

Im Namen von 158 intern vertriebenen Roma hat die Anwältin Dianne Post bereits im Februar 2006 eine Schadensersatzklage gegen die UN erhoben. Seit der Zerstörung der Roma Siedlung in Süd-Mitrovica im Juli 1999 lebten die Vertriebenen in Flüchtlingslagern, welche auf stark verseuchtem Boden gebaut wurden. Die Lager bestanden unter der Aufsicht der UN bis April 2006 – trotz der bekannten und dokumentierten extremen Gesundheitsgefährdungen durch giftige Bleiverseuchung. Dianne Post sucht nach Unterstützung, da die UN bis Ende Mai 2007 noch nicht auf die Klage geantwortet hat. Der vollständige Bericht kann im Bereich “Dokumente” herunter geladen werden (4. Juni 2007):

www.roma-kosovoinfo.com ■

Flüchtlingsabwehr bis zum Exzess

PALERMO. Unglaubliches spielt sich von Freitag, 25.5. bis Sonntag 27.5. ca. 60 Meilen vor der libyschen Küste ab: 27 Flüchtlinge erleiden am Freitag Nachmittag (25.5.2007) Schiffbruch auf hoher See und können sich mit der Hilfe eines maltesischen Schiffes an die Seile eines Thunfischfangbeckens retten. An die stählernen Seile geklammert müssen sie mehr als 24 Stunden auf ihre Rettung warten, obwohl der Schiffbruch von dem maltesischen Fischerboot „Budafel“ gemeldet wird. Der Reeder der „Budafel“ lässt jedoch nicht zu, dass sein Kapitän die Flüchtlinge an Bord nimmt, da er angeblich besorgt um seine empfindliche Ware ist und die „Budafel“ keinen Platz für 27 Menschen habe. Es ist jedoch zu vermuten, dass der noch nicht lange zurück liegende Fall des spanischen Fischerbootes „Francisco Catalina“ den Reeder Charles Azzopardi zögern lässt: das Boot lag mit 51 Flüchtlingen an Bord eine gute Woche vor Malta fest, da der Staat sich weigerte, die Flüchtlinge aufzunehmen. In Malta sind in den letzten Tagen viele Flüchtlingsboote angekommen, so dass sich die maltesischen Behörden nicht in der Lage sehen, nun auch diese 27 Männer aus Kamerun, Ghana und Nigeria aufzunehmen. Die Gewässer, in denen sich das Fangbecken befindet, gehören allerdings zum libyschen Überwachungsraum. Während die 27 Männer von Helikoptern aus beobachtet werden und ein Arzt sich vor Ort ein Bild macht, versucht die maltesische Regierung Kontakt zu Tripolis aufzunehmen, doch Libyen reagiert nicht. La Valletta negiert die erste Meldung der italienischen Nachrichtenagentur ANSA zu dem Vorfall, doch schließlich müssen die Malteser einräumen, dass sich die 27 Männer tatsächlich seit rund 24 Stunden im Wasser befinden und bitten andere Länder der Europäischen Union um Hilfe. Malta stellt jedoch sofort klar: sie nehmen die Schiffbrüchigen keinesfalls auf.

Das italienische Marineschiff „Orione“ und ein Flugzeug der italienischen Luftwaffe befinden sich in der Nähe der nun endlich durchgegebene Koordinaten, da sie von der libyschen Regierung die Erlaubnis für die Überfliegung des libyschen Luftraum für die Suche nach einem seit dem 21.5. verschwundenen Flüchtlingsboot in dieser Gegend erhalten hatten. Erste Vermutungen legen nahe, dass es sich bei den 27 Schiffbrüchigen vielleicht um die Vermissten handelt, was sich jedoch nicht bewahrheitet. Der Fall des in Italien als „Gespensterschiff“ bezeichneten verschwundenen Bootes ist ebenso skandalös wie der jetzige: das Boot wurde am 21.5. gesichtet, Männer, Frauen und Kinder an Bord, doch niemand kann sich zu einer schnellen Rettung entschließen, so dass das Boot, als dann endlich Einheiten vor Ort sind, nicht mehr da ist. Niemand weiß, welches Schicksal die Flüchtlinge ereilt hat.

Die „Orione“ rettet die 27 Männer im Laufe des Sonntags und bringt sie nach Lampedusa, wo sie sich derzeit mit weiteren 77 angelandeten Flüchtlingen im dortigen geschlossenen Aufnahmezentrum befinden.

Kompetenzgerangel und Staatsraison können Flüchtlinge das Leben kosten

Hier werden wertvolle Stunden mit Schreibtischdiskussionen vergeben, während Menschen die unglaubliche Kraft aufbringen müssen, auf hoher See in kaltem Wasser um ihr Überleben zu kämpfen. Ohne das Einschreiten des UNHCR, der als Erster von dem Schiffbruch erfuhr, wäre auch diese Geschichte mit Sicherheit verschwiegen worden. Laura Boldrini (UNHCR) kommentiert den Fall mit Bitterkeit: „Lebensrettung braucht gemeinsame Aktionen und gemeinsame Verantwortlichkeiten aller Mittelmeeranrainerstaaten!“ Doch die Effekte der bisherigen Europapolitik werden auch an diesem Fall wieder mehr als deutlich: man hat gemeinsame Regularien wie DUBLIN II geschaffen, doch Mitgliedstaaten wie Malta zeigen deutlich, dass sie nicht gewillt sind, die Last dieser Verordnung zu tragen, die ihnen die Aufnahme und den Verbleib von Flüchtlingen aufzwingt. Damit zeigt sich einmal mehr: DUBLIN II ist hinfällig. Gleiches kann man von den Einsätzen der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX sagen: In den Regularien liegt das Hauptaugenmerk auf der „Solidarität“ aller Staaten in der gemeinsamen Bekämfung der irregulären Migration, doch Malta weigert sich, solidarisch zu sein und spielt nicht mit, wenn es gezwungen ist, Flüchtlinge zu retten oder gar aufzunehmen. Hätte Libyen, ein Land, dass nicht einmal die Genfer Flüchtlingskonvention unterzeichnet hat, auf die Anfrage Maltas reagiert, dann hätten sich alle beteiligten EU-Staaten die Hände gerieben und die Männer ohne Federlesen nach Libyen gebracht – das wäre das Ziel eines FRONTEX-Einsatzes gewesen. Doch im Gegensatz zur spanischen Rückübernahmepolitik mit Marokko, Senegal und anderen Staaten funktioniert das mit Libyen nur dann, wenn Ghaddafi will. Es gibt zwischen Italien und Libyen weiterhin nur Polizeiabkommen, aber keine offiziellen zur Rückübernahme von Flüchtlingen. Also bleiben Einsätze im Sinne der Grenzschutzagentur mit dem Ziel, Flüchtlinge sofort nach der Abfahrt wieder zurückzuschieben, ein Glücksspiel. Schaut man genau hin, so der Menschenrechtsaktivist Fulvio Vassallo Paleologo aus Palermo, sind auch die FRONTEX-Einsätze HERA II und III vor der afrikanischen Küste nur mäßig erfolgreich – kaum ist ein Boot aufgebracht geht auch hier, wie zu Jahresbeginn, das Gerangel los, wo man die Flüchtlinge denn nun hinbringt.

Foto: B. Geiger aus "Ende einer Rettungsfahrt", Verlag Ralf Liebe

Allemal deutlich wird mit den Anlandungen der letzten Wochen wieder, dass europäische Missionen wie FRONTEX ihr Ziel nicht erreichen, denn die Menschen fliehen trotzdem. Statt Flucht zu verhindern, macht FRONTEX die Wege nur noch gefährlicher, denn es werden neue, längere Routen gesucht. So sind die Boote nun nicht mehr nur im Kanal von Sizilien unterwegs, sondern es scheint sich eine neue Route nach Sardinien zu eröffnen, und auch die alten Balkanrouten werden wieder aktiviert, so gab es im April mehrere Anlandungen an der italienischen Adriaküste.

Wie sich im Fall der maltesischen „Budafel“ zeigt, wird auch die Angst bei potentiellen Rettern immer wieder neu geschürt: Was passiert, wenn man Flüchtlinge an Bord nimmt und sie nirgendwo absetzen kann? Wenn das Schiff gegebenenfalls konfisziert wird? Der Fall der CAP ANAMUR im Jahre 2004 hat mehr als deutlich gemacht, welche Folgen eine Rettung haben kann – das Schiff ist verloren, der Prozess gegen Kapitän und damaligen Komiteeleiter läuft immer noch.

Seerechtskonventionen, die zur Rettung von Schiffbrüchigen verpflichten, zählen immer weniger im Handel mit der Abschottungspolitik. Für alle Beteiligten entsteht ein unlösbarer Konflikt, der auf dem Rücken derer ausgetragen wird, die sich aus den unterschiedlichsten Gründen auf die gefährliche Reise über das Meer einlassen müssen.

Derzeit liegt ein weiterer spanischer Schlepper mit 26 schiffbrüchigen Flüchtlingen an Bord vor Malta. Auch diese Flüchtlinge will niemand. Fraglich, ob die nächsten Schiffbrüchigen überhaupt gesehen werden.

Judith Gleize, Flüchtlingsrat Brandenburg / Pro Asyl ■

Proteste gegen Verschärfungen im Zuwanderungsrecht

BERLIN. Am 21. Mai 2007 protestierten während der Anhörung im Bundestag 500 Menschen gegen die Verschärfungen des Zuwanderungsrechts. In einer Pressemitteilung der Linksfraktion (Ulla Jelpke) heißt es zur Anhörung des Innenausschusses: „Die Sachverständigen haben deutlich gemacht, dass die Umsetzung der Richtlinien im Flüchtlingsschutz ungenügend und lückenhaft ist … Die Anforderungen der Genfer Flüchtlingskonvention werden unterlaufen, der Zugang zu Flüchtlingsschutz und subsidiärem Schutz weiter erschwert."

Die Regelung zum Bleiberecht für langjährig geduldete Flüchtlinge sei zwar im Grundsatz begrüßt worden, es habe aber auch deutliche Kritik gegeben: die Bleiberechtsregelung stelle viel zu hohe Anforderungen, eine langfristige Lösung des Problems der Kettenduldungen werde nicht erreicht. Die Aktionen für ein Bleiberecht gehen weiter: Am Do 14. Juni findet um 16.30 Uhr eine Kundgebung vor dem Bundesinnenministerium, Alt Moabit 101, U-Bahn Turmstraße anlässlich der für diesen Tag gegen Mittag vorgesehenen endgültigen Beschlussfassung (2. und 3. Lesung) im Deutschen Bundestag über die Verschärfungen des Zuwanderungsgesetzes. Voraussichtlich am 6. Juli 07 soll dann auch der Bundesrat die geplanten Gesetzesverschärfungen bestätigen.

www.bleiberechtsbuero.de ■

Regina Kiwanuka droht Abschiebung

Regina Kiwanuka ist eine engagierte Exil-Menschenrechtsaktivistin und politischer Flüchtling in Deutschland. Sie ist Verfasserin von wichtigen Berichten und Artikeln über die Kämpfe von Flüchtlingen und MigrantInnen der Schwarzafrikanischen Gemeinschaft. Die ugandische Menschenrechtsaktivistin ist außerdem Mitglied der internationalen Delegation zur Beobachtung des Gerichtsverfahrens für Oury Jalloh in Dessau. Jetzt hat Regina Kiwanuka die Aufforderung bekommen, am 7. Juni 2007 das Land zu verlassen. Nachdem sie Uganda verlassen musste, weil sie dort ihre Stimme erhoben hat, geschieht ihr dasselbe wieder in Deutschland. Ihr Asylverfahren war von Beginn an gegen sie gerichtet, weil sie auch sich hier für ihre Schwestern und Brüder eingesetzt hat. In Deutschland wird kein Schutz vor Verfolgung durch die vom Westen subventionierten Diktatoren gegeben, und noch weniger, wenn Menschen ihre Stimme erheben, die ihnen hier wie dort erstickt und genommen wird.

THE_VOICE_goettingen@gmx.de,
www.thevoiceforum.org ■

Karawane-Tour beendet

Mit der Teilnahme an der Großdemonstration gegen den G-8-Gipfel in Heiligendamm am vergangenen Samstag und dem Migrationstag im Rahmen des Gegengipfels am vergangenen Montag ging die Karawane für die Rechte von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten nach einer zweiwöchigen Tour durch die Bundesrepublik zu Ende. Die Karawane machte u.a. Station in Hamburg-Wilhelmsburg, wo ein Stadtteilfest organisiert worden war.

„Wir wollten die Aktionen rund um den G-8-Gipfel nutzen, um Flüchtlingen eine Stimme zu geben", erläutert Ralf Lorenzo von der Karawane Hamburg. „Wir wollten den Zusammenhang zwischen der Zerstörung der Herkunftsländer der Flüchtlinge und der Politik der G-8-Staaten sichtbar machen. Außerdem war es unser Anliegen, die Öffentlichkeit auf die menschenfeindliche Lager- und Abschiebepolitik in unserem Land aufmerksam machen." Vor neun Jahren, im Wahlkampf 1998, setzten sich Flüchtlinge, Migrantinnen und Migranten zum ersten Mal als Karawane in Bewegung. Drei Wochen zog sie durch verschiedene Städte der BRD, um den Forderungen von Flüchtlingen Gewicht zu verleihen. „Wir haben keine Wahl, aber eine Stimme", war das Motto.

Empfang der Karawane in Bremen

Die Wahlen 1998 bescherten uns die rotgrüne Bundesregierung, damit den Jugoslawien- Krieg, Rüstungsexporte in vorher ungeahnter Höhe, und die Asylpolitik gipfelte schließlich in Schilys berühmten Otto-Katalog. Um dagegen zu protestieren, wurde im Vorfeld der Wahlen 2002 erneut eine Karawane organisiert. Diesmal dauerte der Protestzug fünf Wochen und machte u. a. bei der Roma-Karawane auf den Rheinwiesen in Düsseldorf Station, eine Protestaktion gegen die Massenabschiebungen in das vom Krieg zerstörte Jugoslawien.

In diesem Jahr startete die Karawane in Neuburg in Bayern, um irakische Flüchtlinge in ihrem Kampf gegen die Abschiebung in ihr Herkunftsland zu unterstützen. Anlässlich der drohenden Abschiebung des kurdischen Künstlers und Aktivisten der Karawane Hamburg, Engin Celik, der offiziell in Schleswig-Holstein registriert ist, wurde in der Innenstadt von Kiel ein Tribunal gegen die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und der BRD abgehalten. Yüksel Koc von der Föderation kurdischer Vereine in Deutschland ging scharf mit der türkischen Regierung wegen ihrer Vertreibungspolitik gegen die kurdische Bevölkerung ins Gericht. Außerdem bezichtigte er die Bundesregierung der Kollaboration, wegen der wirtschaftlichen und militärischen Hilfe, den Abschiebungen in die Türkei und der geplanten Finanzierung des Hasankeyf-Staudammes. Für ein ehrgeiziges Projekt der türkischen Regierung soll dort für einen Staudamm die etwa 10.000 Jahre alte Stadt Hasankeyf überflutet werden. Abgesehen von den unschätzbaren archäologischen Vorkommen, die dort noch verborgen sind, würden etwa 70.000 Menschen vertrieben. „Zu Flüchtlingen gemacht, die in Slums zu leben gezwungen sein werden", wie Koc sagte.

Die Karawane besuchte Flüchtlingsunterkünfte in vielen Orten und fand dabei Bedingungen vor, die manchem die Tränen in die Augen trieben: Menschen auf engstem Raum zusammengepfercht, ungeachtet der unterschiedlichen Nationen und daraus eventuell entstehenden Konflikten, mangelnde sanitäre Einrichtung, katastrophale hygienische Bedingungen und völlig unzureichende medizinische Versorgung. Das Lager Freibessingen bei Jena beispielsweise liegt weit vom Ortskern und etwa 25 km vom nächsten Krankenhaus entfernt. Die Kinder dort werden mit Bussen zur Schule gebracht, die früh morgens um sechs starten.

In dem Abschiebelager in Bramsche wurde von einer schwangeren Flüchtlingsfrau erzählt, die ihr Kind verlor, weil die zuständigen Behörden ihr Zusatzmedikamente wegen ihres starken Bleimangels verwehrten. Anwälte stellten inzwischen Strafantrag gegen die Sachbearbeiter. „Ich war tief erschüttert", sagte Fereydoun Gilani, Vorsitzender der Sozialistischen Partei Iran (SPI), die die Tour aktiv unterstützte. „Ich habe meine Lebensgefährtin angerufen und gesagt, ich möchte nur noch heulen."

Höhepunkt der Tour war die Teilnahme an der Anti-G-8-Demosntratoin in Rostock am vergangenen Samstag. Dort gelang es den Karawane-Aktivisten durch entschlossenen Protest, die Grünen-Vorsitzende Claudia Roth nebst ihren Bodygards zu vertreiben, die sich vor die Spitze des Zuges setzen wollte. „Die Grünen und namentlich Claudia Roth sind mitverantwortlich für Krieg und Zerstörung sowie die unmenschlichen Bedingungen, unter denen Flüchtlinge hier zu leben gezwungen sind", so Lorenzo. „Wir können nicht zwei Wochen lang dagegen protestieren, um dann Seite an Seite mit Claudia Roth zu demonstrieren. Das wäre doch absurd."

Birgit Gärtner ■

Erlebniswelt Rechtsextremismus.

Aktionen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sind heute weder altbacken noch ewiggestrig – eine Szene im modernen Gewand fordert die politische Bildung heraus. Jugendliche sind die Zielgruppe Nummer eins: Websites als interaktives Medium zur Ansprache, kostenlose Musik-CDs als Köder, ein breites Bekleidungssortiment als Ausdruck eines rechtsextremistischen Lifestyles, Konzerte, Demonstrationen und Sonnenwendfeiern als Events mit Unterhaltungswert - all dies steht für eine neue Qualität rechtsextremistischer Propaganda. Feindbilder und Identitätsangebote sind in dieser Erlebniswelt allgegenwärtig. Gerade an Jugendliche richtet die Szene ihre wichtigsten Werbebotschaften: „Kameradschaft“ und Zusammenhalt in unsicheren Zeiten. Gleichzeitig nehmen Tarnungstendenzen zu: Aktivisten hüllen menschenverachtende Vorstellungen in Andeutungen und verbannen einschlägige Symbole zugunsten unverdächtiger Codes in die Schublade.

Der Band und die begleitende CD-ROM gehen den Strategien nach, die hinter der Erlebniswelt stehen, und analysieren vor allem Musik und Websites der Szene. Zugleich werden Methoden und pädagogische Ansätze vorgestellt, mit denen in der Bildungsarbeit mit Jugendlichen der kritische Blick auf den Rechtsextremismus geschärft werden kann. 15 Projektskizzen aus der schulischen und außerschulischen Praxis liefern Anregungen und machen Mut, Elemente zu erproben, sie mit eigenen Ideen zu kombinieren und bestehende Ansätze fortzuentwickeln.

Aus dem Inhalt:

1. Einführung, Hintergrund
Thomas Grumke: Rechtsextremimus in Deutschland. Begriff - Ideologie - Struktur
Thomas Pfeiffer: Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Musik, Symbolik, Internet - der Rechtsextremismus als Erlebniswelt
Claus Homm: Fremdenfeindliche und rechtsextreme Orientierungen unter Hagener Schülerinnen und Schülern

2. Facetten der Erlebniswelt Rechtsextremismus - am Beispiel des Rechtsextremismus im Internet
Thomas Günter: Das Internet - kein rechtsfreier Raum
Thomas Pfeiffer: Uraltes Denken in High-Tech-Medien. Rechtsextremisten entdecken den Computer
Michael Wörner-Schappert: Was macht Hassseiten attraktiv? Fallbeispiel: Musik als virtuelle Propagandawaffe

3. Das Thema Rechtsextremismus in der Bildungsarbeit – Ansätze und Erfahrungen
Stefan Glaser: Dem Hass die Stirn bieten. Medienpädagogische Ansätze zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus im Internet
Klaus-Peter Hufer: „Nicht flüchten, sondern standhalten“ - Rechtsextreme Störungen und Reaktionsmöglichkeiten in Veranstaltungen der politischen Bildung

4. Projekte für die Praxis
Sekundarstufe I
Volker Bußmann: Motive Jugendlicher, einer rechtsextremistischen Gruppe beizutreten. Unterrichtsstunde innerhalb der Reihe: Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit in der Gruppe der Skinheads - Formen, Motive und Auswirkungen im Prozess rechtsextremistischer Beeinflussung
Eva Hoffmann: Learning in Tolerance - ein Präventionskonzept gegen Rechtsextremismus
Gero Klevenow: Politische Erziehung im Musikunterricht? Zum Umgang mit rechtsextremer Musik in der gymnasialen Mittelstufe
Ralf Langner: Rechtsextremismus im Internet - eine Gefahr für die Jugend?
Tim Neuhaus: Erlebniswelt Rechtsextremismus - Was verbindet den Rechtsextremismus mit meiner Lebenswelt?
Beate Quakernack: Rassismus heute
Felicitas Serwe: „Dass Auschwitz nicht noch einmal sei“ - Aufklärung in der Erziehung nach Auschwitz
Sekundarstufe II
Sonja Bähren: Nazideutschland – ein Zeitzeuge berichtet. Lesung von Ralph Giordano mit Expertenbefragung und Diskussion
Wendel Hennen: Rechtsextremismus im Internet. Eine WebQuest für einen Geschichte-Zusatzkurs in der Jahrgangsstufe 13
Daniela Steinkuhle: Reflexion über Sprache. Sprache in der Politik – Sprache im Rechtsextremismus
Markus Wolf: Jüdisches Leben: gestern & heute
Außerschulische politische Bildung
Stefan Glaser: Netz ohne Nazis. Tagesworkshop mit methodischen Elementen der Zukunftswerkstatt
Wendel Hennen: Rechtsextremismus im Internet – Erscheinungsformen und Gegenmaßnahmen. Tagesseminar
Thomas Pfeiffer: Im Zeichen der Schwarzen Sonne – Symbole und Mythen des Rechtsextremismus. Dreitägiges Seminar
Thomas Pfeiffer: Wir im Revier: für Demokratie – gegen Rechtsextremismus. Jugendkongress

Im Anhang finden sich Materialien-Tipps, Surf-Tipps und Ansprechpartner(innen) zum Thema Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit

Stefan Glaser/Thomas Pfeiffer (Hg.): Erlebniswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert, Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag), 2007. ISBN: 978-3-89974359-3. Erscheinungsdatum ist der 30.5.2007.

Das Buch ist über verschiedene Zentralen für politische Bildung bestellbar oder beim Verlag http://www.wochenschau-verlag.de.

Kirche zwischen Zustimmung, Anpassung und Widerstand

Die neueste Ausgabe der seit 1976 vom Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 herausgegebenen Fachzeitschrift informationen widmet sich schwerpunktmäßig dem Thema „Kirche zwischen Zustimmung, Anpassung und Widerstand“. Matthias Benad und Hans-Walter Schmuhl beleuchten die Bodelschwinghschen Anstalten Bethel zur Zeit des Nationalsozialismus. Die Verbindungen des Konzentrationslagers Kuhlen zur Inneren Mission werden von Harald Jenner dokumentiert. Das KZ Dachau als zentrales Priesterlager wird von Monika Lücking vorgestellt. Dietrich Bonhoeffer, Martin Niemöller und die Bekennende Kirche stehen im Mittelpunkt der Beiträge von Martin Stöhr und Dirk Krüger. Dem Thema Kriegsdienstverweigerung von religiösen Minoritäten widmet sich Detlef Garbe und die aktuelle Sonderausstellung „Lila Winkel in Ravensbrück“ zur Haftgruppe der Zeugen Jehovas wird von Johannes Wrobel vorgestellt. Ausschnitte aus der Biographie von Joseph C. Rossaint, der 1937 im Berliner Katholikenprozess zu 11 Jahren Haft verurteilt wurde und 1967 einer der Mitgründer des Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 war, durchziehen das Heft als gestaltendes Element. Erinnert wird in der ak-

tuellen Ausgabe der „informationen“ darüber hinaus auch an Gertrud Grünewald, die im März ihren 90. Geburtstag feiern konnte und an den Ende letzten Jahres verstorbenen Widerstandskämpfer Peter Gingold.

Das Heft kann erworben werden beim Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945, Rossertstr. 9, 60323 Frankfurt, Tel.: 069-721575. kontakt@studienkreis-widerstand-1933-1945.de

Vor wenigen Tagen ist die Nr. 27 der „LOTTA - antifaschistische Zeitung aus NRW“ erschienen. Schwerpunkt der 60-seitigen Ausgabe ist das Thema „Gewerkschaften und die extreme Rechte. Standortlogik oder internationale Solidarität?“ Über den Abdruck der angehängten Werbeanzeige in Euren/Ihren Publikationen würden wir uns sehr freuen.

Gewerkschaften zählen zu den größten zivilgesellschaftlichen Akteuren in Deutschland. Traditionell in der politischen Linken beheimatet, engagieren sie sich seit ihrer Neugründung in der Bundesrepublik gegen die extreme Rechte. In den letzten Jahren haben allerdings Untersuchungen gezeigt, dass rechte Einstellungsmuster auch unter Gewerkschaftsmitgliedern weit verbreitet sind. Verbunden mit einer globalisierten Wirtschaft und einer neoliberalen Politik dominiert in den Konflikten um den Erhalt von Arbeitsplätzen häufig ein „Standortnationalismus“.

Der Schwerpunkt der LOTTA-Ausgabe #27 stellt die Gewerkschaften einerseits als Akteur gegen die extreme Rechte dar, andererseits werden Anknüpfungspunkte für die extreme Rechte thematisiert. Darüber hinaus werden die Positionen der extremen Rechten zu Gewerkschaften unter die Lupe genommen.

Anders als in Deutschland, gab es in Frankreich relevante Versuche der Rechten, eigene Gewerkschaften aufzubauen. Diesen Versuch zeichnet der Artikel „Soziale Offensive“ nach. Abgerundet wird der Schwerpunkt durch einen Artikel zur Geschichte der Zerschlagung der Gewerkschaften im Nationalsozialismus.

Erhältlich ist LOTTA für 2,50 Euro in gutsortierten Buchläden, für 3,50 Euro als Einzelexemplar per Post sowie für 13 Euro als Viererjahresabo.Näheres sowie Rabatte für WeiterverkäuferInnen siehe www.free.de/lotta. Email: lotta-redaktion@no-log.org

Ausstellung zu den Wehrmachtsjustiz-Opfer

Nach zweijähriger intensiver Archiv- und Forschungsarbeit wird die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas am 22. Juni 2007 die Wanderausstellung „Was damals Recht war ... – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmach“« erstmals der Öffentlichkeit präsentieren. Die Ausstellung erinnert an etwa 30.000 Soldaten und Zivilisten unterschiedlicher Nationen, die durch Unrechtsurteile der deutschen Wehrmachtgerichte ihr Leben verloren.
Nach der Auftaktpräsentation in der St. Johannes-Evangelist-Kirche (Auguststraße 90, 10117 Berlin-Mitte) wird die Ausstellung auch in anderen Städten gezeigt werden, darunter Köln, München und Freiburg.

Hier mehr: http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/termine/id=7361

Menschenrechte und Völkerrecht

Das neue Jahrbuch des Komitee für Grundrechte und Demokratie 2007
Den Schwerpunkt dieses Jahrbuchs hat die Redaktion den Fragen gewidmet, wie sich die Triade der Rechte, von denen üblicherweise die Rede ist, zueinander verhalten, in welcher Weise und wie diese miteinander verbundenen unterschiedlichen Rechte den Frieden im Inneren und den der gegeneinander abgegrenzten Nationalstaaten zu gewähren oder zumindest in Gang zu setzen vermögen. Das neue Jahrbuch des Komitees, erstmals im Verlag Westfälisches Dampfboot erschienen, verhandelt diese Beziehungen zwischen den Menschenrechten, dem nationalen Recht und dem Völkerrecht in einer kritisch differenzierten Sichtweise.

Norman Paech zeichnet beispielsweise in seinem Beitrag „Die großen Mächte und das Völkerrecht“ nach, wie die völkerrechtlichen Prinzipien (Souveränität, Gleichheit der Staaten, Interventions- und Gewaltverbot) unter politischen Druck geraten und aufzuweichen drohen. Ob das Primat des Völkerrechts als Friedensrecht vor allen einzelstaatlichen Machtinteressen auch weiterhin Geltung haben werde, hinge schließlich auch vom bürgerrechtlichen Engagement für dasselbe ab.

In die gleiche Kerbe schlägt Wolfgang Kaleck in seinem lesenswerten Aufsatz „Zur Legalität von Angriffskriegen nach deutschem Recht“. In der Friedenbewegung werde der Kampf um das Recht wenig ernsthaft geführt, zumal wenn die Rechtsprechung entmutigend der Dominanz des Politischen folge. Kaleck hält dagegen, dass der Kampf um das Recht aufgenommen und mit allen Mitteln geführt werden müsse.

Martin Kutscha hingegen untersucht, wie im neuen „Weißbuch zur bundesdeutschen Sicherheitspolitik“ der Boden des UN-Gewaltverbot aufgelockert wird, in dem wirtschaftspolitische Zielvorstellungen (freier Welthandel) als Legitimation für kriegerische Interventionen herangezogen werden. Dem widerspreche schon das Friedensstaatsgebot des Grundgesetzes. Für alle friedensbewegt und gerechtigkeitsempfindsam Gebliebenen, die an den komplexen Zusammenhang der Rechtstriade interessiert sind, bietet sich eine anregende und erkenntnisgewinnende Lektüre. Kurz: ein empfehlenswerter Band. *Sonja Tesch* ■

Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.), Jahrbuch 2007: Menschenrechte und Völkerrecht. 254 Seiten, zahlreiche Abbildungen Verlag Westfälisches Dampfboot ISBN: 978-3-89691-654-9 Preis: 19,90 Euro

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg– Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Peter Scholl-Latour gegen Afghanistan-Einsatz

Junge Freiheit Nr. 22/07 vom 25. Mai 2007

Unter der Überschrift „Bis die nächsten Deutschen sterben“ polemisiert Peter Scholl-Latour gegen den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan – nicht wegen des Todes von drei Bundeswehrsoldaten. Der Bundeswehrverband hat eine „neue Strategie“ für Afghanistan gefordert – Scholl-Latour dazu: „Aber auch eine ‚neue Strategie‘ würde nichts an der Tatsache ändern, dass dieser Krieg nicht zu gewinnen ist. Wann begreifen wir, dass … die Afghanen uns als Besatzer sehen und US-Luftangriffe mit zivilen Opfern, eventuell unterstützt durch deutsche Aufklärer, die ohnehin bestehende Feindseligkeit der Bevölkerung in Hass umwandeln? Was tun wir eigentlich, wenn es im Land einmal zu einem umfassenden Aufstand der Stämme kommt, wie ihn die Russen erlebt haben? Während in den USA bereits offen über einen Abzug aus dem Irak diskutiert wird, versuchen hierzulande Politiker die endlich aufkeimende Debatte über den Sinn des Afghanistan-Einsatzes abzuwürgen. Vermutlich wird das Thema leider erneut versanden – bis die nächsten Deutschen sterben.“ Wäre der Krieg zu gewinnen – was dann? Dann sollte er geführt werden? Das scheint Scholl-Latours Auffassung zu sein.

Gegner des Rückzugs aus Afghanistan

Junge Freiheit Nr. 23/07 vom 1. Juni 2007

Rolf Stolz, ehemals Mitbegründer der Grünen Partei, heute häufiger Autor im Blatt, wendet sich gegen einen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan: „Unser Dilemma: ‚Unsere‘ Regierung hat ohne Not ausgerechnet in Afghanistan militärisch interveniert, obwohl man um die Risiken wusste. Zöge man sich nun nach den ersten begrenzten Terroranschlägen zurück, wäre das ein Signal an alle Islamisten, dass Deutschland sich zum Papiertiger erklärt – und eine offene Aufforderung, mit Folgeangriffen (per Bomben, Entführungen usw.) die rheinisch-berlinische Republik so lange vor sich her zu treiben, bis diese mit dem Rücken zum Abgrund steht. Wie also antworten … Etwa durch Gesetze, die die zügige Ausweisung aller Hassprediger und islamistischen Aktivisten ermöglichen und ihren Propaganda-Lautsprechern den Strom abdrehen. Auch hier gelten die Lerngesetze: Die Feinde der europäischen Kultur, des Christentums, der Aufklärung, der Demokratie wiederholen alles, was ihnen Erfolg einträgt. Sie unterlassen irgendwann das, was ihnen nur heiße Ohren und verbrannte Vorderpfoten beschert.“ Der tiefgehende Anti-Islamismus treibt menschenverachtende Blüten – durch den Kriegseinsatz in Afghanistan werden weit mehr als „verbrannte Vorderpfoten“ geschaffen – Menschen sterben und werden verstümmelt, aber das scheint dem Blatt ja nur recht zu sein – solange es Muslime sind.

Anti-Islamische Konferenz

Junge Freiheit Nr. 24/07 vom 8. Juni 2007

Das Blatt berichtet, der Islam-Gegner Udo Ulfkotte habe am ersten Juni-Wochenende das „1. Deutsche Islamkritiker-Treffen“ teilgenommen: Zweck sei die „Bündelung der diversen islamkritischen Kräfte, deren Spektrum von links bis rechts, vom christlichen Fundamentalismus bis zu humanistischen Atheisten mit Abstufungen in vielfältigen Zwischentönen reicht“. Einlader war „der islamisierungskritische Bundesverband der Bürgerbewegungen (BDB). Teilgenommen haben 96 Delegierte von Bürgerinitiativen gegen lokale Moscheebauprojekte, aber auch Einzelkämpfer. Ulfkotte dachte auf der Konferenz über die Gründung einer islamkritischen Partei nach, die Konferenz beschloss einen Appell, in dem die Einschränkung der Religionsfreiheit in Frage gestellt wird: Zu prüfen sei, „ob die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit gegenüber der ‚Politreligion‘ Islam anwendbar sei. Zudem wird der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union und die Einbeziehung der Bevölkerung bei Moscheebauprojekten gefordert. Auch ein Verbot des Baus von Minaretten ‚als Ausdruck des politischen Islam‘ gehört zu den Forderungen.“ In den laufenden Auseinandersetzungen um Moschee-Bauten findet sich ein gefährliches Bündnis zusammen, das Errungenschaften der Aufklärung zugunsten einer harten Ablehnung des Islam über Bord wirft, und in dem sich rassistisch Motivierte mit denen zusammenfinden, die das christliche Abendland erhalten wollen. *uld* ■

Freiheitliche in NPD-Organ

Deutsche Stimme, Mai 2007

Die neonazistische ‚Deutsche Stimme‘ (Mai 2007, S. 21) freut sich über „klare Worte aus Österreich“. Sie stammen von Wolfgang Caspart, dem Vorsitzenden des Freiheitlichen Akademikerverbandes Salzburg. In seiner – laut ‚Deutscher Stimme‘ – „brillante[n] Analyse“ macht Caspart einschlägige Vorschläge zur Lösung der „Ausländerfrage“. Dem Argument, wonach angesichts des Geburtenrückganges in Europa nur durch Zuwanderung eine Wirtschaftskrise abgewandt werden könne, entgegnet der freiheitliche Akademiker allen Ernstes mit der Feststellung, dass „Mitteleuropa [...] schon mal wesentlich weniger Einwohner [hatte]“. Caspart glaubt auch die Gründe für die sozialen und ökonomischen Verwüstungen in Afrika zu kennen: „Wir können nichts dafür, dass die Farbigen die Weißen hinausgeworfen haben und nun nicht mehr zurechtkommen.“ Heute laufe Europa Gefahr, seine „Intelligenz im ‚brain train‘ [sic!] nach Übersee“ abzugeben „und als Ersatz dafür den Auswurf der Welt“ zu erhalten.

Neben Caspart wird auch Detlef Wimmer, Bezirksparteiobmann der FPÖ Linz und RFJ-Landesobmann, zustimmend zitiert: „Integration im Sinn der Vermischung der Kulturen lehnen wir klar ab.“ Gleichzeitig weiß Wimmer aber, wie mit den „anpassungsunwilligen Zuwanderern“ umzugehen ist: „Möglichst rasche Rückführung in ihre Heimat. In Österreich haben solche Menschen nichts verloren!“

Daneben berichtet die DS über die „Gesinnungshaft“, in welcher sich Führungskader des neonazistischen Bundes freier Jugend (BfJ) seit Mitte März befinden, und eine Hausdurchsuchung bei Ludwig Reinthaler (Dokumentationszentrum des Welser Widerstandes). Die NPD-Landtagfraktionen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern hätten zur Unterstützung der oberösterreichischen Kameraden eine Spendensammlung initiiert.

Neues von ganz Rechts Mai 2007
www.doew.at ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro
O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro
O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro
O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro
O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,- Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507